

FÜR UNSERE FAMILIEN UND UNSERE HEIMAT

# Wahlprogramm der AfD für die Bürger Nordrhein-Westfalens

afd.nrw



**Alternative**  
für  
**Deutschland**

LANDESVBAND NORDRHEIN-WESTFALEN





*„Diejenigen fürchten das  
Pulver am meisten,  
die es nicht erfunden haben.“*

Heinrich Heine (1827)

## Inhaltsverzeichnis

### Bildung, Forschung & Kultur

**12**

1.01:	Das Menschenbild der AfD ist geprägt von Freiheit und persönlicher Verantwortung sowie Solidarität und sozialer Verpflichtung eines jeden Bürgers. ....	13
1.02:	Die AfD fordert die Beibehaltung und den Ausbau des mehrgliedrigen Schulsystems. ....	13
1.03:	Leistungshomogene Lerngruppen sind in allen Schulen einzurichten. ....	13
1.04:	Das duale Ausbildungssystem muss gestärkt werden. ....	13
1.05:	Die AfD wird das rot-grüne Inklusionskonzept als ideologischen Irrweg stoppen!.....	14
1.06:	Die AfD fordert die Abkehr vom phonetischen Schreiben: Rückkehr zum klassischen Schreibenlernen .....	14
1.07:	Die AfD will die Klassenstärke in allen Schulformen verringern .....	15
1.08:	Wir wollen offene Ganztagschulen einrichten und gebundene Ganztagschulen umwandeln ...	15
1.09:	Die AfD fordert die neunjährige Schulzeit am Gymnasium für alle – G8 auf freiwilliger Basis ...	15
1.10:	Wir wollen das Abitur wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit machen. ....	16
1.11:	Die Lehrkraft hat als fachliche Autorität wieder für einen hohen Lernertrag zu sorgen. ....	16
1.12:	Die AfD fordert die Stärkung der Lehrkraft als erzieherische Autorität im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen .....	16
1.13:	Die AfD steht für eine altersgemäße Sexualerziehung ohne (Gender-)Ideologie .....	17
1.14:	Die AfD fordert den Ausbau des Schulsports und Stärkung der Sportvereine .....	17
1.15:	Die AfD fordert Sanierung und Ausbau öffentlicher Sportanlagen. ....	18
1.16:	Wir fordern die Anerkennung der Bedeutung des Leistungs- und Spitzensports für unsere Gesellschaft .....	18
1.17:	Wir fordern ein differenziertes Studiensystem statt Einheitsunis .....	18
1.18:	Die AfD fordert die höhere Wertschätzung von Ausbildungsberufen .....	19
1.19:	Die AfD fordert bewährte Diplom- und Magisterstudiengängen statt Bologna. ....	19
1.20:	Die AfD steht für die Freiheit in Forschung und Wissenschaft .....	19

## **Familie, Demographie & Gleichberechtigung** **20**

---

- 2.01: Die AfD fordert Wahlfreiheit bei der Betreuung von Kleinkindern. .... 21
- 2.02: Die AfD fordert Aufklärung aller Eltern über die Bedürfnisse von Kleinkindern..... 21
- 2.03: Die AfD setzt sich für ein Erziehungsgehalt als finanzielle Anerkennung elterlicher Erziehungsleistung ein. .... 21
- 2.04: Die AfD steht für den Schutz der Familie als Fundament unserer Gesellschaft. .... 22
- 2.05: Die AfD will die Entwicklungschancen von Jungen und Männern fördern. .... 22
- 2.06: Die AfD fordert eine aktivierende Familienpolitik. .... 23
- 2.07: Die AfD tritt für die Gleichheit vor dem Gesetz und für tatsächliche Gleichberechtigung ein und fordert die Aufhebung aller gesetzlichen „Quotenregelungen“. .... 23

## **Recht, Demokratie und Freiheit** **25**

---

- 3.01: Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild ist die zentrale Forderung der AfD. .... 26
- 3.02: Die AfD fordert Opferschutz vor Täterschutz. .... 26
- 3.03: Nationales Recht darf keinem kulturellen Vorbehalt unterliegen. Keine Anwendung von Sharia-Recht auf deutschem Boden, auch nicht im Zivilrecht. .... 26
- 3.04: Die zukünftige Parlamentsgröße soll von der Höhe der Wahlbeteiligung abhängen. .... 27
- 3.05: Wir fordern weitreichende Auskunftsrechte der Bürger. .... 27
- 3.06: Wir fordern eine sachliche und diskriminierungsfreie Berichterstattung in den Medien. .... 27
- 3.07: Imame sollen auf Deutsch predigen. .... 28
- 3.08: Wir fordern, dass die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen auf das „deutsche Volk“ vereidigt wird. .... 28

## Finanzen 29

---

4.01:	Wir wollen Bürger entlasten und Grunderwerbsteuer senken. ....	30
4.02:	Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf seinen Grundversorgungsauftrag zurückführen. ....	30
4.03:	Die AfD will die Abschaffung der Vermögenssteuer. ....	30
4.04:	Die AfD wird Zuweisungen und Zuschüsse absenken. ....	30
4.05:	Wir fordern Transparenz der Kosten der Asylpolitik. ....	31
4.06:	Wir fordern einen Maßnahmenkatalog für den Ausgleich des Landeshaushalts. ....	31
4.07:	Die AfD steht für die Gesundung des Landeshaushaltes. ....	32
4.08:	Wir wollen einen Straftatbestand für „Steuerverschwendung“ einführen! ....	32
4.09:	Fremdwährungs- und Zinszockereien für Kommunen und Land verbieten! ....	32

## Arbeit & Soziales 33

---

5.01:	Qualifikation statt Alimentation stoppt Langzeitarbeitslosigkeit. ....	34
5.02:	Die AfD fordert ein Ende der Manipulation der Arbeitslosenquote. ....	34
5.03:	Wir treten ein für eine faire Neustaffelung der ALG1 Bezugsdauer und erhöhtes ALG2 für langjährig Beschäftigte. ....	34
5.04:	Sozialleistungen gegen soziale Arbeit. ....	35
5.05:	Religionsfreiheit“ bedeutet auch „Freiheit von Religion“, gerade am Arbeitsplatz. ....	35
5.06:	Grundsicherung im Alter muss die Lebensarbeitsleistung angemessen berücksichtigen. ....	35
5.07:	Begrenzung des prozentualen Anteils von Beschäftigten mit Werkverträgen bzw. aus Arbeitnehmerüberlassung auf max. 15% der Belegschaft. ....	36

## **Zuwanderung, Integration und Asyl** **37**

---

6.01:	Die AfD gestaltet die Zuwanderungspolitik für Deutschland. ....	38
6.02:	Die AfD wird Zuwanderung regulieren und reduzieren. ....	38
6.03:	Die AfD bewahrt das Asylrecht. ....	38
6.04:	Die AfD wird Asylmissbrauch verhindern. ....	39
6.05:	Die AfD reduziert Aufnahme- und Aufenthaltskosten.....	39
6.06:	Die AfD wird Leistungen für Asylbewerber sinnvoll gestalten. ....	40
6.07:	Der Aufenthaltsstatus bedingt unterschiedliche Leistungen und Forderungen. ....	40
6.08:	Schulpflicht gilt unabhängig vom Aufenthaltsstatus. ....	40
6.09:	Wir wollen Rückführungen durchsetzen und Duldungen vermeiden. ....	41
6.10:	Asyl ausnahmslos für Schutzsuchende, nicht für Täter. ....	42

## **Bauen und Wohnen** **43**

---

7.01:	Die AfD fordert bezahlbaren Wohnraum für alle: Wohngeld ist sozialer als sozialer Wohnungsbau. ....	44
7.02:	Bauland mit weniger Restriktionen. ....	44
7.03:	Die AfD steht für ideologiefreie Dämmvorschriften. ....	44
7.04:	Wir entlasten Familien bei der Grunderwerbsteuer. ....	45
7.05:	Die AfD fordert die Abschaffung der Mietpreisbremse.....	45
7.06:	Die AfD fordert, Asylbewerber nur bei dauerhaftem Bleiberecht in den Wohnungsmarkt zu integrieren. ....	45

## **Verkehr** **46**

---

8.01:	Die AfD fordert den Erhalt und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur. ....	47
-------	---	----

8.02:	Verkehrsüberwachung soll Gefahren reduzieren und nicht Haushaltslöcher stopfen. ....	47
8.03:	Die AfD fordert Lastwagen mit geringerer Achslast, um die Straßen weniger zu beschädigen. ...	47
8.04:	Die AfD fordert die Abschaffung der Umweltzonen und lehnt die Einführung der blauen Plakette ab. ....	47
8.05:	Die AfD fordert LKW auf die Schiene durch Investition in intermodalen Verkehr. ....	48
8.06:	Der öffentliche Nahverkehr muss neue Wege gehen! ....	48

**Euro, EU und Banken 49**

---

9.01:	Die AfD setzt sich für den uneingeschränkten Erhalt des Bargelds ein. ....	50
9.02:	Wir fordern die Herstellung vollständiger Transparenz bei der NRW-Bank. ....	50
9.03:	AfD fordert deutliche Verschlinkung der „NRW-Landesvertretung“ bei der EU in Brüssel. ....	51
9.04:	Die AfD lehnt die durch die EZB betriebene Bankenrettung und Staatsfinanzierung auf Kosten der deutschen Bevölkerung ab. ....	52

**Verbraucherschutz und Umwelt 53**

---

10.01:	Die AfD gestaltet den Umweltschutz für Deutschland. ....	54
10.02:	Blühende Landschaften statt trister Monokultur: Die AfD steht ein für die bäuerliche Landwirtschaft. ....	54
10.03:	Grüne Gentechnik: Die AfD steht für Transparenz und Sicherheit bei der Lebensmittelqualität und gegen Zulassung auf Landesebene. ....	54
10.04:	Die AfD steht für eine mitfühlende und würdevolle Behandlung der Tiere und eine Stärkung des Tierschutzes ....	55
10.05:	Wir wollen die Jagd erhalten und die Rechte der Jäger stärken - für ein ideologiefreies Jagdrecht.	55
10.06:	Wir stehen für die Verringerung der Nitratbelastung und für sauberes Trinkwasser in NRW. ....	56

## **Gesundheit** **57**

---

11.01: Die AfD gestaltet die Gesundheitspolitik für Deutschland.....	58
11.02: Die AfD fordert die Sicherung der ländlichen Versorgung durch gezielte Ausbildung von Allgemeinmedizinerinnen. ....	58
11.03: Die AfD will eine bessere Infektionsprophylaxe im Zeitalter globaler Kontakte und zunehmender Antibiotikaresistenz erreichen. ....	58
11.04: Die AfD steht für den Ausbau ambulanter palliativmedizinischer Angebote. ....	59
11.05: Die AfD will die Freiberuflichkeit der Ärzte als Fundament des Gesundheitswesens erhalten und stärken. ....	59
11.06: Die AfD will den Hebammenberuf und Geburtshäuser erhalten. ....	59
11.07: Die AfD will die Rechte von Versicherten stärken. ....	60
11.08: Krankenversicherungskarte und E-Health-Gesetz ....	60

## **Energie** **61**

---

12.01: Die AfD fordert die ersatzlose Abschaffung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG).....	62
12.02: Wir fordern ein Ende des Zwangs zum Einsatz regenerativer Energien und unwirtschaftlicher Dämm-Vorgaben. ....	62
12.03: Die AfD fordert Wettbewerb in der Energieerzeugung statt "Öko-Planwirtschaft". ....	62
12.04: Die AfD fordert die 10H-Regelung für Windkraftanlagen. ....	63
12.05: Braunkohle sichert die Energieversorgung in Deutschland und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. ....	63
12.06: Wir betrachten neue Energietechnologien ohne ideologische Scheuklappen. ....	64
12.07: Die AfD wünscht die Entlastung der Stromkunden über die Streichung der Stromsteuer. ....	64
12.08: Die AfD bekennt sich zum Umweltschutz und fordert ein Ende der „Klimaschutzpolitik“ und der Pläne zur Dekarbonisierung. ....	64

12.09: Energiepolitik darf nicht von irrationalen Ängsten vor vermeintlichen Gefahren der Technik getrieben sein. ....	65
12.10: Radioaktive Reststoffe aus Kernkraftwerken sollen verwertet statt deponiert werden. ....	65

## **Wirtschaft** **66**

---

13.01: Wir fordern die Reduzierung der Lohnnebenkosten zugunsten der Arbeitnehmer. ....	67
13.02: Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer ....	67
13.03: Die AfD fordert eine mittelstandsorientierte Technologie- und Innovationspolitik. ....	67
13.04: Wir fordern die diskriminierungsfreie, öffentliche Ausschreibung aller kommunaler Ver- und Entsorgungsverträge. ....	68
13.05: Die soziale Marktwirtschaft ist Garant für wirtschaftlichen Fortschritt und gesellschaftlichen Wohlstand. ....	68
13.06: Wir fordern die Abschaffung von Kammer-Zwangsmitgliedschaften für Klein- und Kleinstunternehmen. ....	69
13.07: Wir lehnen staatliche Subventionen für die Erfüllung des „5-Jahres-Planes“ beim Ausbau der Elektromobilität ab. ....	69
13.08: Mit attraktiven Rahmenbedingungen sollen die Möglichkeiten für Home-Office-Arbeitsplätze verbessert werden. ....	69
13.09: Die AfD setzt sich insbesondere für die Befreiung kleiner und mittelständischer Unternehmen von bürokratischen Vorgaben ein. ....	69
13.10: Die AfD setzt sich für eine ideologiefreie und faktenbasierte Diskussion neuer Technologien ein. ....	70

## **Inneres und Justiz** **71**

---

14.01: Die AfD steht für eine konsequente Kriminalitätsbekämpfung. ....	72
14.02: Wir fordern mehr Polizeibeamte auf der Straße. ....	72
14.03: In Nordrhein-Westfalen wird eine Wachpolizei aufgestellt. ....	72
14.04: Die AfD fordert die Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung der Internetkriminalität. ....	73
14.05: Die AfD fordert den verstärkten Einsatz von Schnellverfahren bei Straftaten mit klarer Beweislage. ....	73
14.06: Einreise von IS Rückkehrern verhindern und ungesetzliche Zuwanderung eindämmen. ....	73
14.07: Die AfD fordert eine Abkehr von der derzeitigen „Kuscheljustiz“ und eine härtere Bestrafung von Kriminellen. ....	73
14.08: Wir fordern die Eilzuständigkeit für den Zoll. ....	74
14.09: Polizisten sollen besser geschützt werden. ....	74
14.10: Wir fordern eine angemessene Bezahlung von Landesbediensteten. ....	74
14.11: Wir fordern eine Straffung der Verwaltungen des Landes. ....	75

## **Kommunales** **76**

---

15.01: Die AfD fordert echte Subsidiarität durch Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. ....	77
15.02: Die AfD stärkt die Demokratie durch mehr kommunale Bürgerbeteiligung. ....	77
15.03: Die AfD fordert die Streichung des Landesentwicklungsplans ....	77
15.04: Die Wasserversorgung der Kommunen in NRW darf nicht privatisiert werden. ....	78
15.05: Die AfD fordert die uneingeschränkte Wiedereinführung des Widerspruchsrechts bei Bescheiden. ....	78
15.06: Öffentliche Gebäude beflagen ....	79

# Bildung, Forschung & Kultur

*Wir stehen für das Recht auf eine chancengerechte,  
individuelle und leistungsorientierte Bildung*

### **1.01: Das Menschenbild der AfD ist geprägt von Freiheit und persönlicher Verantwortung sowie Solidarität und sozialer Verpflichtung eines jeden Bürgers.**

Es gründet sich auf humanistisch-abendländische Normen und Werte, in deren Zentrum die Chancengerechtigkeit steht.

Nur durch eine adäquate Leistungsorientierung können Menschen ihre Stärken herausbilden und ihre Schwächen überwinden. Deswegen müssen Schüler und Studenten alters- und begabungsgerecht an den Leistungsgedanken herangeführt werden, um ihr Leben eigenständig gestalten zu können.

### **1.02: Die AfD fordert die Beibehaltung und den Ausbau des mehrgliedrigen Schulsystems.**

Der schleichenden Abschaffung verschiedener Schulformen und Entwicklung hin zu gleichmacherischen Einheitsschulen muss Einhalt geboten werden. Nur durch ein ausdifferenziertes, aber durchlässiges Schulsystem ist echte, weil gezielte individuelle Förderung im Rahmen der schulischen

Möglichkeiten und Angebote zu leisten. Dies gewährleistet Bildungsgerechtigkeit für Kinder aus allen sozialen Schichten. Eine stärkere Ausrichtung der Schullaufbahnen auf Berufs- und Studienfelder wie auch eine besondere Begabtenförderung wird ermöglicht.

### **1.03: Leistungshomogene Lerngruppen sind in allen Schulen einzurichten.**

Klassenverbände mit einer Schülerschaft, in der die Leistungsunterschiede zu groß sind, zeigen vergleichsweise schlechtere Lernerfolge. Effizientes Lehren und Lernen ist jedoch nur dort möglich, wo eine gewisse Leistungshomogenität herrscht.

Diese ermöglichen eine gezielte Förderung besonders von Benachteiligten und Begabten und führt zu einer Leistungssteigerung aller Schüler. Individuelle Förderung soll im Lerngruppenverband erfolgen.

### **1.04: Das duale Ausbildungssystem muss gestärkt werden.**

Unsere Schülerschaft zeigt die verschiedensten Begabungen, die es wertzuschätzen und

zu fördern gilt. Die einseitige Propagierung der akademischen Ausbildung ist nicht sinnvoll. Das deutsche duale Berufsausbildungssystem ist auf Grund seiner Leistungsfähigkeit international anerkannt. Es lebt von geeigneten und qualifizierten Schulabgängern. Deshalb müssen Hauptschulen, Realschulen, Sekundarschulen und Berufskollegs in ihrer Bedeutung gestärkt werden. Dies führt zur Besetzung frei gebliebener Ausbildungsplätze mit qualifizierten Bewerbern. Ausbildungsabschlüsse werden zügiger erreicht.

### **1.05: Die AfD wird das rot-grüne Inklusionskonzept als ideologischen Irrweg stoppen!**

Inklusion schadet Kindern sowohl mit als auch ohne besonderen Förderbedarf. Das inklusive Schulkonzept bietet Schülern mit Behinderungen weniger Unterstützung als das System der Förderschulen. Die Beschulung von Kindern mit besonderem Förderbedarf an Regelschulen kann das notwendige Maß an individueller Förderung nicht leisten. Förderschulen sind ein bewährtes Instrument, Kindern mit besonderem Förderbedarf ein Höchstmaß an Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Das hochgradig

spezialisierte Förderschulsystem hierzulande ist Bestandteil des allgemeinen Schulsystems, es geht in seiner Qualität weit über die Forderungen der UN Konvention hinaus und muss deshalb unbedingt erhalten bleiben.

### **1.06: Die AfD fordert die Abkehr vom phonetischen Schreiben: Rückkehr zum klassischen Schreibenlernen**

Die Methode „Phonetisches Schreiben“ ist ein gescheitertes Schulexperiment. Schülern wird bei dieser Methode beigebracht, so zu schreiben, wie sie hören.

Da die Kinder jahrelang nicht korrigiert werden und auch die Eltern angehalten werden, ihnen die richtige Schreibweise nicht beizubringen, prägt sich die fehlerhafte Schreibweise im besten Lernalter ein. Nach zwei Jahren liegt der Anteil an rechtschreibschwachen Kindern fünfmal höher, wenn die Schüler mittels „phonetischem Schreiben“ statt mit der traditionellen Fibel unterrichtet wurden (23% versus 5%). Kinder aus bildungsfernem Elternhaus, Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit Legasthenie sind die Hauptleidtragenden dieses unsozialen und

ideologischen Experiments. Die AfD fordert deshalb die Rückkehr zum bewährten Rechtschreibunterricht.

### **1.07: Die AfD will die Klassenstärke in allen Schulformen verringern**

Lehrermangel und Missmanagement haben in vielen Schulen NRWs zu einer Maximalauslastung der Klassengrößen geführt. Durch die massenhafte Zuwanderung wird dieses Problem deutlich verschärft. Kleinere Klassen bedeuten jedoch mehr Zeit für die Förderung des einzelnen Schülers. Daher ist eine Idealgröße von 12-20 Schülern pro Klasse (je nach Schulform) anzustreben. Die AfD fordert deshalb mehr Lehrkräfte für alle Schulformen.

### **1.08: Wir wollen offene Ganztagschulen einrichten und gebundene Ganztagschulen umwandeln**

Der Arbeitsmarkt hat sich verändert und mit ihm die Gesellschaft. Viele Eltern sind berufstätig, so dass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung durch die Familie haben. Um diesem Umstand Rechnung

zu tragen, können Schulen eine Nachmittagsbetreuung (offener Ganztag) anbieten. Dieses Angebot kann jedoch niemals für alle Kinder verpflichtend sein, da elterliche Fürsorge aus Sicht der AfD weiterhin den Idealfall von Erziehung darstellt.

### **1.09: Die AfD fordert die neunjährige Schulzeit am Gymnasium für alle – G8 auf freiwilliger Basis**

Die Schüler und Schülerinnen an den Gymnasien leiden unter der Schulzeitverkürzung auf acht Jahre. Die Stoffverdichtung durch Nachmittagsunterricht und erhöhte Stundenzahl in der Oberstufe belasten außerordentlich, verhindern das gründliche Lernen und lassen manche frühzeitig scheitern. Die als Entlastung vorgesehenen Maßnahmen der Landesregierung wie die Reduzierung von Hausarbeiten verschärfen den Bildungsabbau und führen zu mehr Lernstress, wenn die Schüler den zentralen Prüfungen gerecht werden wollen.

Die Aufnahmefähigkeit von Kindern hängt von der altersspezifischen Entwicklungsstufe ab. Der neunjährige gymnasiale Bildungsgang hat sich über ein Jahrhundert lang bewährt und muss wieder zum

Regelfall werden. Er allein verschafft den Kindern genug Zeit, damit sie ihre intellektuellen Fähigkeiten entfalten, ihre sozialen Kompetenzen ausbilden und ihre charakterlichen Stärken formen können. Er lässt ihnen Zeit für die Persönlichkeitsreifung und für die Inanspruchnahme außerschulischer Bildungs- oder Sportangebote sowie die Möglichkeit für ehrenamtliches Engagement. Dies alles zu erfahren und zu erleben ist für die Persönlichkeitsbildung junger Menschen unabdingbar.

### **1.10: Wir wollen das Abitur wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit machen.**

Die Inflation der guten Noten hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass viele Schüler ein Abitur erhielten, obwohl ihre Leistungsfähigkeit den Anforderungen eines Hochschulstudiums nicht entsprach. Deshalb müssen die Anforderungen zur Erlangung dieses Abschlusses wieder seiner Ausrichtung entsprechen.

Ein aussagekräftiges Abitur bringt wieder Klarheit über das Leistungsvermögen und die Eignung der Abiturienten. Letztlich verringert das die Studienabbrucherquoten und entlastet die Universitäten.

### **1.11: Die Lehrkraft hat als fachliche Autorität wieder für einen hohen Lernertrag zu sorgen.**

Die augenblicklichen Leitlinien der Pädagogik in Deutschland sehen den Lehrer ausschließlich als Moderator von Lernprozessen und weniger als fachliche Autorität. Durch dieses ideologisch begründete Konzept werden die Schüler im Lernprozess alleingelassen und häufig überfordert.

Deshalb muss eine Rückkehr zum bewährten Plenumsunterricht stattfinden. Dies bedeutet neben der Pflicht für Lehrkräfte, sich weiterhin auch fachlich fortzubilden, den Unterricht als lehrergeleiteten und nicht lediglich moderierten Lernprozess zu gestalten.

### **1.12: Die AfD fordert die Stärkung der Lehrkraft als erzieherische Autorität im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen**

Disziplinlosigkeit und mangelnde Lernbereitschaft in der Schülerschaft werden heute vielfach zu Recht beklagt. Tugenden wie Fleiß, Disziplin, Pünktlichkeit, Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit ermöglichen aber erst ein wertschätzendes Miteinander

von Lehrern und Schülern in der Schulgemeinde. Sie schaffen außerdem eine angstfreie Lernatmosphäre und leisten durch Grenzsetzungen Hilfe zur Persönlichkeitsbildung der Schüler. Positive oder negative Auffälligkeiten im Sozial- und Arbeitsverhalten werden auf dem Zeugnis dokumentiert.

### **1.13: Die AfD steht für eine altersgemäße Sexualerziehung ohne (Gender-)Ideologie**

Unter dem Vorwand der Antidiskriminierung und der Toleranz ist „Gender-Mainstreaming“ der Versuch, dem Bürger sein Privatleben und seine Vorlieben vorzuschreiben. Als fächerübergreifende „Sexualpädagogik der Vielfalt“ wird diese Ideologie auch in die Schulen getragen. Deren Methoden und Inhalte verletzen das Schamgefühl von Kindern, weil sie z.B. für Zwölfjährige nicht nachvollziehbare Sexualpraktiken definieren oder über Dienstleistungen informieren. Diese verfehlte Pädagogik ermöglicht Übergriffe und leistet einer Frühsexualisierung Vorschub.

Eine bewusste Verunsicherung von Kindern und Jugendlichen in ihrer sexuellen Identität, den Einsatz schulfremder Aktivisten sowie die Vermittlung „eroti-

scher Erfahrungen“ lehnen wir ab. Die AfD steht für die Achtung der Menschenrechte und damit auch des gesetzlich garantierten Rechtes der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder gemäß den eigenen weltanschaulichen Überzeugungen, soweit diese auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

### **1.14: Die AfD fordert den Ausbau des Schulsports und Stärkung der Sportvereine**

Die gesellschaftliche Entwicklung, u.a. durch G8 und Ganztagschulen, führt zu einem starken Wandel vor allem im Kinder- und Jugendsportbereich sowohl in der Schule als auch in den Vereinen. Schulsport findet kaum noch statt. Die notwendigen Freizeit- und Erholungsphasen für Schüler werden immer weniger. Jedoch werden die Auswirkungen durch den Bewegungsmangel auf die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder immer sichtbarer.

Sportliche Aktivität muss in den Schulen wieder mehr an Bedeutung gewinnen, da diese zur Verbesserung der schulischen Leistung beiträgt, das Selbstbewusstsein und die Persönlichkeit stärkt, Teamgeist und Fairness fördert - sowohl im norma-

len Unterricht, als auch am Nachmittag im Rahmen der Ganztagsbetreuung. Hierzu ist eine verstärkte Kooperation von Schule, Offenem Ganztag und Sportvereinen notwendig.

### **1.15: Die AfD fordert Sanierung und Ausbau öffentlicher Sportanlagen.**

Der Verfall unserer gut ausgebauten Sport-Infrastruktur muss aufgehalten werden und der Zugang zu den Sportangeboten jedem – unabhängig vom Einkommen – ermöglicht werden.

Sport ist zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens; er ist Präventions- und Integrationsfaktor, fördert die Gesundheit und verbindet Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter und Nationalität. Bewegung und Sport müssen somit integrative Bestandteile kommunaler Entwicklungspolitik werden und entsprechende Förderung erhalten, zum Beispiel durch Wiederbelebung des „Open Sunday“, durch Gestaltung von Trimm-dich-Pfaden oder Schaffung von Sportoasen in Parks.

### **1.16: Wir fordern die Anerkennung der Bedeutung des Leistungs- und Spitzensports für unsere Gesellschaft**

Leistungs- und Spitzensport hat eine identitätsstiftende Funktion. Ausbau und Verbesserung von Talentsichtung und –förderung sind deshalb in den Sportvereinen und Schulen entscheidend für die Sicherung unseres Leistungssportnachwuchses. Weiterhin ist die Finanzierung und Absicherung von Trainern und Übungsleitern zu verbessern, um Fluktuationen zu vermeiden. Außerdem müssen die Athleten eine verstärkte Unterstützung bei ihrer erfolgreichen schulischen, beruflichen und leistungssportlichen Laufbahn erfahren. Das Spitzensportdreieck „Athlet – Trainer – Sportstätte“ ist wieder in den Mittelpunkt zu rücken.

### **1.17: Wir fordern ein differenziertes Studiensystem statt Einheitsunis**

Deutschland unterscheidet zwischen Berufsausbildung in einem dualen System, praxisorientierten Fachhochschulen und forschungsintensiven Universitäten mit exklusivem Promotionsrecht. Da so für

alle Anforderungen bedarfsgerechte Studienangebote vorliegen, muss dieser Wettbewerbsvorteil gepflegt werden. Studiengänge dürfen nicht allein wegen ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit eingerichtet werden.

### **1.18: Die AfD fordert die höhere Wertschätzung von Ausbildungsberufen**

Die politisch motivierte Inflation akademischer Abschlüsse birgt das Risiko eines gravierenden Qualitätsverlustes.

Die AfD setzt auf Qualität bei der Hochschulausbildung und lehnt vorgegebene Erfolgsquoten ab. Wir setzen uns für die Wertschätzung nichtakademischer Ausbildung und handwerklicher Berufe ein.

### **1.19: Die AfD fordert bewährte Diplom- und Magisterstudiengängen statt Bologna.**

Die EU-weite Harmonisierung von Studiengängen hat in der Praxis gezeigt, dass die versprochenen Vorteile wie verbesserte Vergleichbarkeit und

Erleichterung von Studienplatzwechseln nicht eingetreten sind. Andere Entwicklungen führten zu einer Minderqualifizierung der Hochschulabgänger. Kritik kommt nicht nur von Arbeitgebern, sondern inzwischen auch von Studierenden. Die AfD spricht sich für die Rückkehr zu den besser qualifizierenden Studiengängen mit Diplom- und Magisterabschlüssen aus. Staatsexamina müssen wieder eingeführt bzw. beibehalten werden.

### **1.20: Die AfD steht für die Freiheit in Forschung und Wissenschaft**

Die Freiheit der Forschung ist durch EU-Bürokratismus gefährdet. Akkreditierungsbürokratie bestimmt heute im Wesentlichen die hochschulspezifische Gestaltung der Lehre. Deshalb ist die Autonomie der Hochschulen zu stärken und den Professoren die Verantwortung für ihre Lehre zu übertragen.

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist unantastbar. Wir treten für eine Rückkehr zur wissenschaftlichen Selbstverwaltung und Mittelverteilung auf nationalstaatlicher Ebene ein.



# Familie, Demographie & Gleichberechtigung

*Für eine Familienpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Familien orientiert*

## **2.01: Die AfD fordert Wahlfreiheit bei der Betreuung von Kleinkindern.**

Von staatlicher Seite wird die Fremdbetreuung einseitig gefördert. Klassische Familienkonstellationen werden entwertet.

Kinder sind schutzbedürftig. Ihren seelischen, körperlichen und geistigen Bedürfnissen gerecht zu werden, hat eine herausragende Bedeutung für unsere Gesellschaft. Kinder mit stabiler familiärer Bindung sind der beste Garant für den Erhalt und Erfolg unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Dazu gehört ein materieller Ausgleich für Eltern, die sich selbst der Erziehung ihrer Kleinkinder widmen. Die Einbeziehung von Familienangehörigen und Tageseltern ist ebenso zu unterstützen.

## **2.02: Die AfD fordert Aufklärung aller Eltern über die Bedürfnisse von Kleinkindern.**

Von zentraler Bedeutung sind die Grundbedürfnisse des Kleinkindes nach verlässlichen und liebevollen Bezugspersonen (ca. 70 % der Eltern möchten lt. Umfragen ihre Kinder selbst zuhause betreuen). Durch die irreführende Behauptung des Bundesminis-

teriums für Familie, U-3 Betreuung in Kindertagesstätten führe zu besserer Mutter-Kind-Beziehung sowie höherer sozialer Kompetenz und sei eine Voraussetzung für bessere Bildung, werden Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen wollen, verunsichert. Dabei werden wissenschaftliche Ergebnisse der Bindungsforschung, die Gefahren und negative Folgen früher Trennung nachweisen, außer Acht gelassen.

Daher fordert die AfD eine Aufklärung über wissenschaftliche Ergebnisse der Bindungsforschung, die bei früher Trennung von den Eltern einen signifikant erhöhten seelischen Stress, u.a. einhergehend mit chronischem Anstieg des Stresshormons Cortisol mit nachhaltiger Schwächung des Immunsystems nachweisen. Die Gemüts- und Herzensbildung und spätere Liebes- und Beziehungsfähigkeit werden gefährdet und eine Häufung von seelischen und körperlichen Erkrankungen ist nachweisbar. Ferner sind Eltern darüber aufzuklären, dass das Kind sich erst mit ca. 3 Jahren von der Mutter löst und gruppenfähig wird (Kindergartenreife).

## **2.03: Die AfD setzt sich für ein Erziehungsgehalt als finanzielle Anerkennung elterlicher Erziehungsleistung ein.**

Es ist das Grundrecht der Eltern, für ihre Kinder zu sorgen, ohne dabei in Armut zu kommen. Wir setzen uns für die Einführung eines Erziehungsgehaltes bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres ein, wenn ein Elternteil auf die Berufsausübung verzichtet, um sich um die Kinder zu kümmern.

Ein Krippenplatz für unter 3 Jährige kostet monatlich ca. 1.200,- Euro. Eltern, die ihre Kleinkinder zu Hause betreuen, müssen für diese gesellschaftlich wichtige und vorteilhafte Leistung einen angemessenen finanziellen Ausgleich erhalten, der im Zuge des Familienlastenausgleichs gegenfinanziert wird. Dies fordern auch Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Erziehungszeiten werden wie Berufstätigkeit bei der Rentenberechnung berücksichtigt. Im Sinne des Kindeswohls ist eine Betreuung innerhalb der Familie wünschenswert.

## **2.04: Die AfD steht für den Schutz der Familie als Fundament unserer Gesellschaft.**

Die Familie ist die Keimzelle und die Basis unserer Gesellschaft und Kultur. Sie vermittelt Werte wie Fürsorge, Liebe und Solidarität, Respekt und Menschlichkeit. Dem bewährten Familienmodell droht die

Zerstörung durch die aktuelle, ideologisierte Politik. Wir respektieren eingetragene Lebenspartnerschaften, deren Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir ab. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Dem fühlen wir uns verpflichtet.

## **2.05: Die AfD will die Entwicklungschancen von Jungen und Männern fördern.**

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Bereits in ihrer kindlichen Entwicklung haben sie aber teils sehr unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse, insbesondere hinsichtlich ihres Bewegungsdranges, der bei Jungen raumgreifender ist. Statt diese Unterschiede wertzuschätzen, werden sie durch den ideologischen Genderismus nivelliert. Hiervon sind Jungen besonders betroffen, da ihnen aus Mangel an männlichen Erziehern und Lehrern im vorschulischen und schulischen Bereich die männliche Orientierung weitgehend fehlt. In Folge dessen kommt es zu vermehrter Selbstunsicherheit, einem Anstieg von Leistungsminderung im Bildungsbereich, einer Häufung von Depressionen mit Delinquenz und Abhängigkeitsproblematik. Hinzu kommen schlechtere schulische Benotungen bei gleicher

Leistung, die den Start ins Berufsleben oder Studium erschweren. Die AfD NRW fordert daher eine verstärkte gesellschaftliche Aufklärung über die spezifische männliche Entwicklung und deren Wertschätzung, sowie die Entwicklung von Leitlinien gegen Jungen-, Männer- und Väterdiskriminierung. Fördermittel für Männer- und Frauenforschung müssen paritätisch verteilt werden. Naturwissenschaftliche Schulfächer, die den Interessen von Jungen entsprechen, müssen stärkeres Gewicht bekommen. Förderung von geschlechtergetrenntem Unterricht sind als Modellprojekte versuchsweise einzuführen und durch Forschung intensiv zu begleiten. Die AfD ist für die Abschaffung der Stellen für Gleichstellungsbeauftragte, da dadurch Männer und Jungen benachteiligt werden.

### **2.06: Die AfD fordert eine aktivierende Familienpolitik.**

Demografie ist nicht Schicksal, man kann diese vielmehr selbst in die Hände nehmen. Kinder zu haben bedarf erstrangiger Förderung.

Die Geburtenrate in Deutschland stagniert mit 1,4 Kindern pro Frau etwa ein Drittel unter dem Erhaltungsniveau. Die Politik versucht den Mangel

an Nachwuchs durch längere Lebensarbeitszeit, die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen und durch Zuwanderung zu kompensieren, schafft damit aber nur zusätzliche Probleme.

Die AfD fordert, zur Lösung des demografischen Problems die Steigerung der Geburtenrate in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Neben der Einführung eines Familiensplittings im Steuerrecht und der Besserstellung von Müttern bei der gesetzlichen Rente fordern wir eine Familienpolitik, die sich an den Bedürfnissen von Familien orientiert und junge Menschen zur Familiengründung ermutigt.

### **2.07: Die AfD tritt für die Gleichheit vor dem Gesetz und für tatsächliche Gleichberechtigung ein und fordert die Aufhebung aller gesetzlichen „Quotenregelungen“.**

Der Artikel 3 des Grundgesetzes fordert die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, außerdem darf niemand wegen seines Geschlechtes benachteiligt oder bevorzugt werden. Die herrschenden Parteien vertreten hingegen die These, dieser Artikel erlaube es dem Staat, einzelne Menschen stell-

vertretend für ihr jeweiliges Geschlecht zu bevorzugen oder zu benachteiligen, um die als Kollektive vorgestellten Geschlechter „gleichzustellen“.

Es kann in einem freiheitlichen Rechtsstaat niemals legitimes Ziel staatlichen Handelns sein, in willkürlich abgegrenzten Bereichen unserer Gesellschaft eine staatlich festgesetzte „Geschlechterquote“ zu erzwingen. Genauso wenig kann eine gesetzlich vorgeschriebene Ungleichbehandlung ein Mittel zur Verwirklichung von Gleichberechtigung sein.



# Recht, Demokratie und Freiheit

*Ein demokratischer Rechtsstaat muss konsequent die nationalen Gesetze durchsetzen, Transparenz bieten und sich durch unmittelbare Beteiligung des Volkes auszeichnen*

### **3.01: Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild ist die zentrale Forderung der AfD.**

Volksbegehren, Volksentscheide, Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen heute hohe Hürden überwinden und sind daher praktisch bedeutungslos.

Die jeweiligen Schwellen müssen deutlich abgesenkt werden, denn nur so lassen sich das Engagement und Vertrauen der Bevölkerung in die Politik nachhaltig zurückgewinnen. Weiterhin sind bislang ausgeschlossene Themen, wie z.B. fiskalische Fragen und Abgaben auf kommunaler Ebene, zukünftig einzubeziehen.

### **3.02: Die AfD fordert Opferschutz vor Täterschutz.**

Bei der Strafzumessung nehmen Milde und Verständnis für die Täter zu viel Raum ein; der Opferschutz ist in Teilen der Justiz aus dem Blickwinkel geraten.

Wir fordern die generelle Anwendung des Erwachsenenstrafrechts ab einem Alter von 18 Jahren.

Dem opferorientierten Bewusstsein hat in der Juristenausbildung eine höhere Bedeutung zuzukommen. Ziel ist, dem Schutz der Bevölkerung und der Opfer wieder Vorrang vor den Interessen der Täter einzuräumen.

### **3.03: Nationales Recht darf keinem kulturellen Vorbehalt unterliegen. Keine Anwendung von Sharia-Recht auf deutschem Boden, auch nicht im Zivilrecht.**

Nationales Recht darf keinem kulturellen Vorbehalt unterliegen. Keine Anwendung von Sharia-Recht auf deutschem Boden, auch nicht im Zivilrecht.

Unser Rechtssystem wird immer weiter aufgeweicht. Straftaten werden bei entsprechend kulturellem Hintergrund der Täter häufig nicht angemessen geahndet. Religion, Kultur und Ideologie dürfen aber keinen mildernden Einfluss auf das Strafmaß haben. Wer in Deutschland leben möchte, hat sich über unser Rechtssystem zu informieren und es zu respektieren. Bei nichtdeutschen Staatsbürgern kann zurzeit in Angelegenheiten der privaten Lebensführung internationales Privatrecht angewendet werden.

Darunter fällt auch die Anwendung der Scharia. Die AfD lehnt dies ab. Wer deutschen Staatsboden betritt, muss unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit nach nationalem Recht behandelt werden. Das grundgesetzwidrige Schariarecht darf auf keinen Fall zur Anwendung kommen, weder im Erb-, noch im Ehe- oder bei sonstigen juristischen Auseinandersetzungen

### **3.04: Die zukünftige Parlamentsgröße soll von der Höhe der Wahlbeteiligung abhängen.**

Die Wahlbeteiligung hat derzeit keinerlei Auswirkungen auf die Größe des Landesparlaments. Nichtwähler werden dadurch vollständig ignoriert. Anreize, sie wieder als aktive Wähler für die Belebung der Demokratie zurückzugewinnen, bestehen nicht. Um entsprechende Anreize zu schaffen, soll die zukünftige Parlamentsgröße direkt von der Höhe der jeweiligen Wahlbeteiligung abhängig gemacht werden.

### **3.05: Wir fordern weitreichende Auskunftsrechte der Bürger.**

Grundlagen und Auswirkungen der Entscheidungen öffentlicher Organe sind häufig nicht transparent. Darunter leidet das Vertrauen in Politik und Verwaltung. Auskunftsrechte der Bürger sind einzuführen. Dabei sind Fragen und Antworten der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Schutzbedürftige Interessen Dritter bleiben dabei gewahrt.

### **3.06: Wir fordern eine sachliche und diskriminierungsfreie Berichterstattung in den Medien.**

Niemand darf wegen seiner politischen Überzeugung im Rahmen des Grundgesetzes diskriminiert werden. Dennoch werden in einigen Medien ständig politisch unliebsame Meinungen und Standpunkte diskreditiert und diffamiert. Die Betroffenen sind dem weitgehend schutzlos ausgeliefert. Ihre Rechte sind daher zu stärken. Der Bürger hat ein Recht auf vollständige und sachliche Berichterstattung. Gleichzeitig sind die Betroffenen vor Diskreditierung und Diffamierung zu schützen. Hierzu sind Änderungen der Mediengesetze erforderlich. Bei beleidigender oder verleumderischer Berichterstattung sind pauschalierte Schadensersatzansprüche für die Betroffenen vorzusehen.

### **3.07: Imame sollen auf Deutsch predigen.**

Predigten von Imamen aus Ländern, in denen die freiheitliche-demokratische Grundordnung unbekannt ist, bergen die Gefahr verfassungsfeindlicher Inhalte.

Predigten dürfen nur in Deutsch abgehalten werden und keine verfassungsfeindlichen Botschaften beinhalten. Wer durch verfassungsfeindliche Agitation auffällt, erhält ein Predigtverbot und wird bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen abgeschoben.

### **3.08: Wir fordern, dass die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen auf das „deutsche Volk“ vereidigt wird.**

Wir wenden uns gegen die Verfassungsänderung, den Schwur auf das Wohl des Landes Nordrhein-Westfalen vorzunehmen.

Die Mitglieder einer Landesregierung eines deutschen Bundeslandes sind dem Souverän verpflichtet und dies ist das „Deutsche Volk“.

# Finanzen

*Entlastung der Bürger von steigenden Abgaben und Steuern  
durch nachhaltige Überarbeitung des Landeshaushaltes*

#### **4.01: Wir wollen Bürger entlasten und Grunderwerbsteuer senken.**

Die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes auf derzeit 6,5% in NRW erfolgte zur Verbesserung der Haushaltssituation.

Wir fordern eine deutliche Reduzierung, um Immobilienerwerb nicht unnötig zu erschweren. Die Vermögensbildung durch Immobilienerwerb ist für den Bürger zu erleichtern. Dies fördert die Altersvorsorge und erhöht die berufliche Mobilität.

#### **4.02: Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf seinen Grundversorgungsauftrag zurückführen.**

In unserem Grundgesetz ist der Grundversorgungsauftrag verankert. Er ist mit zahlreichen Programmen und deren überwiegend nicht auf Information ausgerichteten Inhalten unzulässig ausgeweitet worden.

Die Zwangsbeiträge für die Grundversorgung sollen abgeschafft werden.

#### **4.03: Die AfD will die Abschaffung der Vermögenssteuer.**

Die Vermögenssteuer ist zurzeit nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt. Sie träfe alle mit einem Vermögen von mehr als 75.000€: Bereits der Besitzer einer Eigentumswohnung wird vermögenssteuerpflichtig!

Eine Erhebung der Vermögenssteuer ist eine zusätzliche Wegnahme von bereits versteuertem Einkommen. Sie reduziert die für die Alterssicherung notwendigen privaten Rücklagen. Die Kluft zwischen arm und reich wird dadurch nicht verringert, da lediglich der Staat eine zusätzliche Einnahme erzielt.

#### **4.04: Die AfD wird Zuweisungen und Zuschüsse absenken.**

Zuweisungen sind Geldflüsse zwischen dem Land und dessen Beteiligungsfirmen. Zuschüsse werden an Dritte bezahlt. Dieser Posten stieg 2015–2019 von 28 Mrd. Euro auf 32 Mrd. Euro an. Er weist mit 43% des Haushaltes einen höheren Betrag aus als die Personalkosten. Das macht Transparenz und verschärfte Kontrolle unbedingt erforderlich. Die Vielfältigkeit

der Bewegungen müssen einer grundlegenden Revision unterzogen werden. Die Verschiebungen zwischen Land und Beteiligungsfirmen sind genau aufzulisten. Strenge Regelungen zur Steuerung und zur Vermeidung von Missbrauch sind notwendig. Dazu sind große Einsparmöglichkeiten gegeben.

#### **4.05: Wir fordern Transparenz der Kosten der Asylpolitik.**

Mehr als jeder fünfte Asylbewerber in Deutschland ist in NRW untergebracht. Die dadurch entstehenden Ausgaben sind intransparent, sie erfolgen auf Landesebene aus dem Kernhaushalt des Landes und durch die Beteiligungsgesellschaften.

Wir fordern eine gesonderte Gesamtübersicht der Einnahmen, Investitionen und Ausgaben. Erfasst werden müssen hierbei z. B. die Kosten für Bau und Anmietung von Unterbringungen, Versorgung, Integration, medizinischer Betreuung, Sach- oder Geldleistungen, Personal sowie Sicherheit.

#### **4.06: Wir fordern einen Maßnahmenkatalog für den Ausgleich des Landeshaushalts.**

Überfällig ist die Erstellung eines wirksamen Maßnahmenkatalogs zur nachhaltigen Sanierung der Finanzen, der sich mindestens über fünf Jahre erstrecken soll. Nur mit dieser, vom Parlament verabschiedeten Planung, ist eine verbindliche und nachhaltige Gesundung zu erreichen.

Maßnahmen für diesen Katalog sollten u.a. sein:

- Einführung der DOPPIK: Hierbei handelte es sich um eine Doppelte Kontenbuchhaltung mit Gewinn und Verlustrechnung sowie einer Konzernbilanz zur Berücksichtigung der Beteiligungsgesellschaften. Sie schafft Transparenz über Vermögens- und Schuldenlage sowie die Deckung des Haushaltes und die Eigenkapitalsituation.
- Überprüfung aller Arbeitsabläufe in Landesbehörden und Beteiligungsgesellschaften mit dem Ziel einer Reduzierung
- Schaffung von Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen durch ein Mittelstandsförderungsgesetz, Abbau von Bürokratie und Ansiedlungsunterstützung.

#### **4.07: Die AfD steht für die Gesundung des Landeshaushaltes.**

Der Haushalt steigt 2015–2019 um 8,6 Mrd. € auf 71,2 Mrd. €. Der Plan stellt die Einnahmen zu hoch und die Ausgaben zu niedrig dar. Ein Schuldenberg von über 200 Mrd. steht zu Buche, hinzu kommen noch die Schulden der Beteiligungsgesellschaften. Neue Schulden in Höhe von 4,9 Mrd. € sind geplant. 7 von 16 Bundesländern kommen ohne Neuverschuldung aus, Bayern tilgt bereits, NRW ist Schlusslicht.

Wir fordern eine kontinuierliche Rückführungsplanung der Verschuldung mit Festschreibung der Planung durch Parlamentsbeschluss sowie die Schaffung einer Maßnahmenkompetenz für den Landesrechnungshof.

#### **4.08: Wir wollen einen Straftatbestand für „Steuerverschwendung“ einführen!**

Steuerhinterziehung wird heute geahndet durch Nachzahlen der Steuerschuld, Geldstrafe oder Freiheitsstrafe. Steuerverschwendung durch offensichtliche und fortlaufende politische Fehlentscheidungen

dagegen bleibt selbst bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit ungesühnt.

Die AfD fordert einen Straftatbestand „Haushaltsuntreue“ im Strafgesetzbuch zu verankern, nach dem es möglich ist, politische Fehlentscheidungen, die im Zusammenhang mit öffentlichen Geldern stehen, strafrechtlich zu verfolgen. Das Unterlassen von Ausschreibungen soll als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können.

#### **4.09: Fremdwährungs- und Zinszockereien für Kommunen und Land verbieten!**

Sowohl das Land als auch die Kommunen dürfen aktuell Fremdwährungs- und Zinswettgeschäfte ohne Absicherung abschließen. Dadurch sind bereits in zahlreichen Kommunen Schäden in Millionenhöhe entstanden. Insbesondere Lokalpolitiker verfügen nicht über die notwendige Sachkenntnis, um komplizierte Zinswetten oder auch Fremdwährungsgeschäfte zu überblicken, schließen diese aber immer wieder ab. Eine Verlustbegrenzung oder Verlustabsicherung findet in der Regel nicht statt. Die AfD fordert ein Verbot solcher Spekulationsgeschäfte, damit die Verluste wirksam verhindert werden.

# Arbeit & Soziales

*Schutz der Arbeitnehmer sowie ein gerechtes Sozial- und  
Rentensystem haben bei uns eine hohe Priorität*

### **5.01: Qualifikation statt Alimentation stoppt Langzeitarbeitslosigkeit.**

Landes- und Bundesregierung konnten die tatsächliche Arbeitslosigkeit nicht dauerhaft senken. Ein solcher Eindruck wird lediglich durch Anpassung der Statistik erweckt. Die heutigen Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gehen am Arbeitsmarkt vorbei. Daher können aus einem Pool von mehreren Millionen Arbeitslosen eine viel geringere Zahl von offen gemeldeten Stellen nicht besetzt werden.

Wir fordern eine Qualifikation geeigneter Arbeitsloser, die den tatsächlichen Arbeitsmarkterfordernissen entspricht. Dies muss zeitnah und in enger Abstimmung mit den mittelständischen Unternehmen passieren, in denen 80% der Arbeitnehmer Deutschlands beschäftigt sind.

### **5.02: Die AfD fordert ein Ende der Manipulation der Arbeitslosenquote.**

Die Agentur für Arbeit berechnet im Auftrag der Bundesregierung eine Arbeitslosenquote, die dem Wähler suggeriert, dass die Arbeitslosigkeit stetig

sinkt: Detailvorschriften führen dazu, dass hunderttausende Menschen nicht berücksichtigt werden. Wir fordern daher eine den tatsächlichen Arbeitslosenzahlen entsprechende Berücksichtigung bei der Berechnung der offiziellen Arbeitslosenquote. Bezugsgröße der Beschäftigten sollen nur die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer sein. Daraus resultiert eine „echte“ Arbeitslosenquote, die den Bürgern die derzeitige Situation verdeutlicht. Wer Arbeitslosigkeit effizient und wirksam bekämpfen will, muss zunächst eine ehrliche Auswertung der Daten vornehmen.

### **5.03: Wir treten ein für eine faire Neustaffelung der ALG1 Bezugsdauer und ein erhöhtes ALG2 für langjährig Beschäftigte.**

Seit der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 wird in der Festlegung des Regelsatzes weder berücksichtigt, ob der Leistungsberechtigte vorher langjährig gearbeitet hat oder noch niemals erwerbstätig war. Dies stellt ein sozialpolitisches Ungleichgewicht dar.

Die AfD setzt sich für eine längere Bezugsdauer von ALG1 bei einer Vorbeschäftigung ab 10 Jahren ein. Wir fordern höhere ALG2-Leistungen, die sich an

der Erwerbsbiografie orientieren. Eine finanzielle Gleichstellung von vormals jahrelang Erwerbstätigen und in die Sozialsysteme Zugewanderten wird abgelehnt.

#### **5.04: Sozialleistungen gegen soziale Arbeit.**

Die Beschäftigungsfähigkeit vieler Langzeitarbeitsloser wird durch das staatlich verordnete Nichtstun gefährdet. Dabei möchten viele Hartz4 Empfänger gerne ihr Arbeitspotenzial für Tätigkeiten, die dem Gemeinwohl dienen, zur Verfügung stellen.

Die AfD plädiert für eine fallbezogene Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit, unter Berücksichtigung des Lebensalters und der vorherigen Arbeitsleistung in Deutschland. Neben dem Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, gibt dies den Betroffenen ein Stück Würde zurück, da sie sich als produktiver Teil der Gemeinschaft verstehen können und festigt ebenso das Solidaritätsprinzip gegenüber den Steuerzahlern.

#### **5.05: Religionsfreiheit“ bedeutet auch „Freiheit von Religion“, gerade am Arbeitsplatz.**

Religionsfreiheit muss am Arbeitsplatz ihre Grenzen dort finden, wo der Betriebsablauf gestört oder Mitarbeiter durch die Religionsausübung der anderen belästigt werden. Wie viel Religion in einem Betrieb möglich ist, soll zukünftig die Unternehmensleitung entscheiden dürfen. Die freie Religionsausübung ist daher am Arbeitsplatz eingeschränkt; dies muss in Gesetzen und auch im Grundgesetz verankert werden. Für Arbeitslose soll sich aufgrund ihrer Religion kein Recht auf Ablehnung eines Jobangebots ergeben. Religionsfreiheit bedeutet nicht nur, seine Religion frei ausüben zu können: Sie bedeutet auch, dass jeder Bürger das Recht hat auf ein Leben frei von Religion. Mitarbeiter, die ihre Religion auch hier ausleben wollen, zwingen dadurch ihrem Arbeitgeber und ihren Kollegen religiöse Regeln auf und stören betriebliche Abläufe. Arbeitslose, die Jobangebote wegen ihrer religiösen Ausrichtung ablehnen, belasten dadurch unser Sozialsystem.

#### **5.06: Grundsicherung im Alter muss die Lebensarbeitsleistung angemessen berücksichtigen.**

Menschen, die keine oder nur geringe Rentenansprüche erworben haben, erhalten mit Erreichen des Rentenalters eine Grundsicherung auf dem

Niveau von ALG2-Leistungen - unabhängig davon, ob und wie lange sie gearbeitet haben: Ein Bürger, der 40 Jahre auf Mindestlohniveau gearbeitet und Rentenbeiträge entrichtet hat, erhält als Rentner genau so viel wie jemand, der nie sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat.

Bei der Bemessung der Grundsicherung ist daher der derzeitige Betrag der Grundsicherung, lediglich als Sockelbetrag zu verstehen. Dieser Sockelbetrag, der jedem nach Erreichen der Altersgrenze zusteht, wird abhängig von in Deutschland geleisteten Erziehungs- und Arbeitszeiten erhöht. Dadurch ist sichergestellt, dass sich für jeden - unabhängig vom dabei erzielten Einkommen - die Lebensarbeitszeit positiv auf die Altersversorgung auswirkt.

### **5.07: Begrenzung des prozentualen Anteils von Beschäftigten mit Werkverträgen bzw. aus Arbeitnehmerüberlassung auf max. 15% der Belegschaft.**

In einigen Betrieben findet sich lediglich eine Stammbeslegschaft von 20% festangestellter Arbeitnehmer wieder. Der Rest rekrutiert sich aus Leiharbeitnehmern und in Werkverträgen, häufig aus dem euro-

päischen Ausland, beschäftigten Arbeitnehmern. Diesem Missbrauch ist im Interesse der Arbeitnehmer und zur Vermeidung eines Schadens unseres Sozialsystems, Einhalt zu gebieten. Daher fordert die AfD eine gesetzliche Obergrenze von 15% für den Anteil von Beschäftigten, die mit Werkverträgen bzw. aus Arbeitnehmerüberlassung in einem Unternehmen tätig sind.

# Zuwanderung, Integration und Asyl

*Zuwanderung muss reglementiert und reduziert werden, um nicht unsere politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Grundlagen zu gefährden*

### **6.01: Die AfD gestaltet die Zuwanderungspolitik für Deutschland.**

Deutschland ist von einer Massenmigration und einer ziellosen Integrationspolitik betroffen, die unser Land aus dem Gleichgewicht bringt.

Diese unkontrollierte Zuwanderung droht, die politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Grundlagen Deutschlands und Europas zu zerstören. Sie importiert Konflikte aus den Heimatländern vieler Zuwanderer und fördert das Entstehen von Parallel- und Gegengesellschaften. Sie stellt häufig eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme dar.

Migration und Integration müssen so gestaltet werden, dass die Interessen unseres Landes wieder im Vordergrund stehen, unser Wertesystem und die deutsche Leitkultur erhalten bleiben. Voraussetzung dafür ist die uneingeschränkte Akzeptanz der Wertefundamente unserer Gesellschaft, basierend auf Judentum, Christentum, Humanismus und Aufklärung und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nur ein Land, das selbstbewusst für seine Werte und Gesetze einsteht, wird in der Lage sein, seine nationale Identität zu bewahren und Zuwanderer effektiv zu integrieren.

### **6.02: Die AfD wird Zuwanderung regulieren und reduzieren.**

Für die Zuwanderung benötigen wir klare Regeln, die Anwendung von geltendem Recht und Gesetz sowie eine eindeutige Differenzierung von Zuwanderung zum dauerhaften Verbleib in unserem Land und temporärem Schutz für Schutzbedürftige.

Vorrang vor Zuwanderung haben familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen und eine Ausbildungs-offensive, um damit den Zuwanderungsbedarf zu reduzieren.

In Kanada wird die Zuwanderung durch ein Punktesystem geregelt, welches sich an nationalen Interessen orientiert. Hauptkriterium ist die Vakanzeit einer Stelle, hinzu kommen Sprachkenntnisse, Alter, Familienstand, Integrationsfähigkeit etc. Damit die Steuerung der Zuwanderung in unseren Händen liegt, fordern wir ein Zuwanderungsgesetz in Anlehnung an das kanadische Modell.

### **6.03: Die AfD bewahrt das Asylrecht.**

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland regelt das Asylrecht vorbildlich. Die Dublin-III-Verordnung schreibt vor, dass für einen Asylsuchenden

das Land zuständig ist, in dem erstmals das Gebiet der EU betreten wurde. Dieses Recht muss angewendet werden.

Das Grundgesetz und die im Asylgesetz abgebildete Genfer Flüchtlingskonvention regeln, wer Asylrecht genießt. Darauf kann sich nicht berufen, wer aus einem EU Staat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat einreist. Die Einreise ist im Regelfall zu verweigern, wenn sie aus einem sicheren Drittstaat erfolgt. Deutschland ist umgeben von sicheren Drittstaaten.

#### **6.04: Die AfD wird Asylmissbrauch verhindern.**

Dem Missbrauch des Asylrechts zu Einwanderungszwecken und zur Erlangung sozialer Leistungen ist ein Riegel vorzuschieben.

Bis zur lückenlosen Sicherung der EU-Außengrenzen sind die nationalen Grenzen zu sichern und alle „Flüchtlinge“ aus dem Dublin-III-Raum abzuweisen. Der Zuzugsdruck muss durch humanitäre Hilfen in der Region der Betroffenen und durch Einrichtung von Aufenthaltszentren außerhalb der EU nach australischem Vorbild vermindert werden.

Die EU kann zur Entlastung besonders betroffener Staaten (z.B. Italien, Griechenland) gemeinsame „Hot Spots“ einrichten, wohin die Bewerber gebracht werden und wo anerkannte Flüchtlinge verbleiben. Wir dürfen dabei keinesfalls unsere Souveränität weiter an die EU abgeben oder die Türkei aufwerten, ihren EU-Beitritt fördern und durch die Visa-Freiheit einen neuen Zustrom von dort zu begünstigen.

#### **6.05: Die AfD reduziert Aufnahme- und Aufenthaltskosten.**

Die Kosten der Aufnahme und des Aufenthalts von Asylbewerbern sind zu reduzieren.

Wir fordern die Umsetzung des § 7 AsylbLG. Einkommen und Vermögen, über das verfügt werden kann, sind vom Leistungsberechtigten vor Gewährung von Leistungen aufzubrechen, um Kosten zu reduzieren und die Bevorzugung von Asylbewerbern gegenüber Hartz IV-Empfängern zu beenden. Arbeit für Asylbewerber fördert Integration und Finanzierbarkeit. Viele arbeitsfähige Asylbewerber leiden unter Untätigkeit und dem Gefühl, nicht gebraucht zu werden, gleichzeitig leidet der Staat unter den enormen Kosten. Von der Reinigung der

Unterkünfte und der Unterstützung der Helfer bis hin zum Einsatz in öffentlichen Bereichen ist es selbst bei geringer Qualifikation möglich, einen angemessenen Beitrag zu leisten.

### **6.06: Die AfD wird Leistungen für Asylbewerber sinnvoll gestalten.**

Die hohen Geldleistungen in Deutschland sind eine Ursache für den Wunsch vieler Asylbewerber, zu uns zu kommen. Sie haben Anspruch auf Unterkunft, Kleidung, medizinische Versorgung und Verpflegung. Zusätzlich erhalten sie Geldleistungen. Das Asylgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen bekommen. Wir fordern eine sofortige Umstellung auch in NRW.

Eine Gesundheitskarte für Asylbewerber darf nur eingeführt werden, wenn sich nachweisbare Einsparungen der Gesamtkosten ergeben.

### **6.07: Der Aufenthaltsstatus bedingt unterschiedliche Leistungen und Forderungen.**

Asylrecht und Genfer Flüchtlingskonvention begründen lediglich ein temporäres Aufenthaltsrecht. Wir müssen eindeutig zwischen Zuwanderung in unser Land und temporärem Schutz für Schutzbedürftige differenzieren:

- Die Assimilation von Ausländern, die dauerhaft hier bleiben dürfen, ist sicherzustellen.
- Für Asylberechtigte sollten Aufenthaltshilfen angeboten werden. Auch wer nur ein zeitlich befristetes Aufenthaltsrecht hat, muss zum Spracherwerb, zur bedingungslosen Akzeptanz unseres Grundgesetzes und Rechtssystems, unserer Werte und unserer Leitkultur verpflichtet werden.
- Asylverfahren müssen beschleunigt werden, Asylbewerber sind bis zur Entscheidung von Integrationsmaßnahmen freizustellen.

### **6.08: Schulpflicht gilt unabhängig vom Aufenthaltsstatus.**

Kinder sind generell zu beschulen. Ihre Entwicklung soll so wenig wie möglich durch ihre Flucht behindert werden. Die Beschulung sollte sowohl auf ein Leben in der Heimat der Kinder als auch auf einen weiteren Aufenthalt in Deutschland vorbereiten. Sie erfolgt separat, bis der Leistungsstand den Anforderungen der Regelschulen entspricht, denn eine gezielte, separate Unterrichtung kommt allen Schülern zu Gute.

Erwachsene sollten für die voraussichtliche Dauer ihres Aufenthalts angepasste Angebote bekommen. Informationen über Rechte und Pflichten sowie über Verhaltensregeln sind obligatorisch. Sprachschulungen, die über Grundkenntnisse hinausgehen, sind freiwillig und auch nicht generell kostenfrei.

### **6.09: Wir wollen Rückführungen durchsetzen und Duldungen vermeiden.**

Wir fordern schnellstmögliche Rückführungen in die Heimatländer für alle Personen, deren Antrag auf Asyl endgültig abgelehnt worden ist und eine drastische Reduktion der Duldungen. Ausweisung und Abschiebung sind ein notwendiger Teil des Asylrechts.

Diese Aufgaben sind wieder zentral vom Land oder Bund wahrzunehmen. Die personelle Ausstattung ist den Notwendigkeiten anzupassen, Rückführungshemmnisse sind deutlich zu vermindern. Hindernisse durch Drittstaaten sind durch aktive Außenpolitik der Bundesregierung zu minimieren. Gegebenenfalls kann eine Unterstützung der Rückkehrer durch finanzielle Leistungen erfolgen.

Abschiebehaft und Haft gemäß Dublin-III-Verordnung sind als Bestandteil rechtsstaatlicher Maßnahmen anzuwenden. Abschiebebehinderung durch Dritte ist eine Straftat und kein Akt der Humanität. Zur Durchsetzung von Abschiebungen sollen die Bundeszuweisungen an die Länder an die Erfüllung festzusetzender Abschiebequoten gebunden werden.

### **6.10: Asyl ausnahmslos für Schutzsuchende, nicht für Täter.**

In Asylunterkünften werden Christen und andere ethnische Gruppen oftmals Opfer von Gewalt und Erniedrigungen durch fundamentalistische Mitbewohner islamischen Glaubens. Die Täter werden in einigen Fällen in andere Städte verlegt, oft werden aber die Opfer aus der Unterkunft entfernt oder flie-

hen von selbst. Asylbewerber, die ihre ethnischen und religiösen Konflikte in Deutschland austragen, sind Aggressoren. Diese sind bis zum Erhalt des Asylbescheids in Abschiebehaf unterzubringen, um die Bevölkerung als auch die lediglich schutzsuchenden Asylbewerber in Sicherheit zu wissen. Bei schwerwiegenden Straftaten (bzw. bei Verbrechenstatbeständen) ist die Abschiebung unverzüglich nach Verbüßung der Haftstrafe zu vollziehen. Länder, die sich weigern die Täter zurückzunehmen, sind zu sanktionieren.



# Bauen und Wohnen

*Bezahlbare Wohnraumversorgung und  
Unterstützung der Familien beim Immobilienerwerb*

### **7.01: Die AfD fordert bezahlbaren Wohnraum für alle: Wohngeld ist sozialer als sozialer Wohnungsbau.**

In den großen Städten fehlt es an günstigen Wohnungen. Sozialer Wohnungsbau hilft diesem kaum ab, vielmehr sind derzeit knapp 50% aller Sozialwohnungen fehlbelegt. Die Politik scheut es jedoch regelmäßig, die nicht mehr berechtigten Mieter wegen zu hoher Einkommen ausziehen zu lassen bzw. eine Fehlbelegungsabgabe zu verlangen. Diese Politik ist ineffizient, ungerecht und teuer. Es muss vielmehr der Wohnungsbau durch private Eigentümer, etwa auch Genossenschaften angeregt werden. Wohngeld als Direktzahlung an bedürftige Mieter ist eine treffsichere und soziale Form der Wohnraumversorgung für Haushalte mit geringem Einkommen.

### **7.02: Bauland mit weniger Restriktionen.**

Der Neubau von Wohnraum bedarf entsprechender Grundstücke. Derzeit mangelt es an der Ausweisung von Bauland durch die Kommunen. Diese künstliche Verknappung trägt darüber hinaus zu einem rasanten Anstieg der Baulandpreise bei, an

dem Kommunen auf Kosten ihrer Bürger verdienen. Die AfD fordert, dass mehr Bauland seitens der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt wird. Hierbei sind auch ehemalige Industrie- und Gewerbeflächen für den Wohnungsbau zu aktivieren. Nicht zielführende Restriktionen sind zu lockern, Baulücken zu schließen und vorhandene Bebauungen bedarfsorientiert weiter zu verdichten. Die Umgestaltung und Steigerung der Attraktivität von Wohnvierteln aus den 50er und 60er Jahren ist ein weiteres Feld zur Wohnungsbauoptimierung.

### **7.03: Die AfD steht für ideologiefreie Dämmvorschriften.**

Die heute praktizierte Form der Dämmung von Gebäuden ist ökonomisch, ökologisch und bauphysikalisch mit Problemen belastet. Wir widersetzen uns der ideologischen Forderung, durch Energiesparmaßnahmen aus jedem Gebäude ein Niedrigenergiehaus machen zu müssen. Grundsätzlich soll dem Bauherrn bei der Energieeinsparung die Wahl gelassen werden zwischen einer effizienten Grundbemessung und einer Ausstattung nach Höchstwerten. Aktuell festgelegte Bußgeldforderungen sind zurückzunehmen. Bei den verwendeten Baustoffen sollen folgende Kriterien erfüllt werden:

- (1) Nicht brennbares Material ohne Sondermüllentsorgung
- (2) Verzicht auf Beimischungen von Fungiziden und Pestiziden

#### **7.04: Wir entlasten Familien bei der Grunderwerbsteuer.**

Die Wohnraumbeschaffung bzw. Eigentumsbildung spielt bei der Förderung von Familien mit Kindern eine besondere Rolle. Die Grunderwerbssteuer wird als Teil der Kaufpreisnebenkosten häufig nicht von Banken finanziert, sondern muss aus dem Eigenkapital aufgebracht werden. Eine finanzielle Entlastung beim Erwerb einer Immobilie ist für die Familienförderung relevant. Die AfD setzt sich für grundsätzliche Reduzierung der Grunderwerbsteuer und zusätzlich für eine Staffelung der Grunderwerbsteuer nach Kinderzahl bzw. Alter der Kinder ein.

#### **7.05: Die AfD fordert die Abschaffung der Mietpreisbremse.**

Bei staatlich gedeckelten Mieten wird weniger Wohnraum geschaffen, dadurch verknappt sich der Wohn-

raum noch mehr. In vielen Städten wird es für viele immer schwerer, bezahlbare Wohnungen zu finden – die Mietpreisbremse wird oft einvernehmlich umgangen. Nur durch den Bau von Wohnungen kann sich der Markt entspannen und Wohnen wieder bezahlbar werden. Statt planwirtschaftliche Instrumente müssen daher vielmehr Anreize und Möglichkeiten zur Schaffung von Wohnraum gegeben werden. Hierzu gehören Nachverdichtungen im Bestand durch Ausbau von Dachflächen ausgebaut und Aufstockungen ebenso wie die Umwidmung gewerblicher Flächen.

#### **7.06: Die AfD fordert, Asylbewerber nur bei dauerhaftem Bleiberecht in den Wohnungsmarkt zu integrieren.**

Die Integrationsbereitschaft und –fähigkeit wird angesichts der Flüchtlingszahlen massiv strapaziert. Die Kommunen sind immer mehr in Not, die Menschen unterzubringen. Menschen mit nur vorübergehendem Aufenthalt sollen daher weiterhin in provisorischen Unterkünften wie Leichtbauhallen, umgewidmeten Kasernen oder anderen Gebäuden untergebracht werden. Durch diese Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass sich die ohnehin angespannte Wohnraumversorgung nicht noch weiter zu Lasten einkommensschwacher Bürger verschärft.

# Verkehr

*Wir setzen uns für eine dauerhafte Investition in unsere Verkehrsinfrastruktur, ein einheitliches Nahverkehr-Tarifsystem sowie die Abschaffung der Umweltzonen ein*

### **8.01: Die AfD fordert den Erhalt und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur.**

Die Infrastruktur in NRW ist aus politischen Gründen seit Jahrzehnten unterfinanziert. Dadurch sind die Verkehrswege an vielen Stellen in einem maroden Zustand und es ist ein milliardenschwerer Investitionsstau entstanden.

Die notwendigen Mittel müssen dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. Eine Finanzierung wie in der Schweiz ist hier ein mögliches Vorbild. Dadurch fließen die Mittel ungekürzt durch politische Einflussnahme an die zuständigen Baulastträger.

### **8.02: Verkehrsüberwachung soll Gefahren reduzieren und nicht Haushaltslöcher stopfen.**

Ziel vieler kommunaler Verkehrsüberwachungen scheint oft nicht die Erhöhung der Verkehrssicherheit, sondern das Auffüllen der Haushaltskassen zu sein. Die AfD fordert eine Fokussierung der Verkehrsüberwachung auf Gefahrenschwerpunkte.

### **8.03: Die AfD fordert Lastwagen mit geringerer Achslast, um die Straßen weniger zu beschädigen.**

Heutige LKW beschädigen Straßen zunehmend durch ständig erhöhte Achslasten. Dafür ist nicht das Gesamtgewicht verantwortlich, sondern die Last pro Achse. Gerade die neue LKW Maut ist hier kontraproduktiv durch die Einteilung in andere Achsklassen, was bis 40 % mehr Straßenverschleiß bewirkt.

Durch breitere Reifen und zusätzliche Achsen werden die Straßen bis zu 30 % weniger geschädigt. Selbst LKW mit sieben Achsen und 51 Tonnen Gesamtgewicht verursachen weniger Straßenbelastung als 38 Tonnen mit vier Achsen. Die LKW-Maut soll über ein Bonus-System straßenschonende Bauweise belohnen.

### **8.04: Die AfD fordert die Abschaffung der Umweltzonen und lehnt die Einführung der blauen Plakette ab.**

Die Umweltzonen haben ihren Zweck erfüllt. Über 95% aller Kraftfahrzeuge erfüllen bereits die Abgasnormen für die grüne Plakette.

Eine weitere Verschärfung durch die blaue Plakette trifft einkommensschwache Haushalte und kleine Gewerbebetriebe unverhältnismäßig hoch. Es ist z. B. wirksamer, die 400 Binnenschiffe in NRW mit saubereren Kraftstoffen zu betreiben, da diese in etwa so viele Emissionen verursachen, wie 3,8 Mio. PKW.

### **8.05: Die AfD fordert LKW auf die Schiene durch Investition in intermodalen Verkehr.**

Die Autobahnen werden immer voller, LKW an LKW reißen sich aneinander. Oft sind dies Ursachen für Unfälle und Staus.

Durch die Einführung kranloser Verlademöglichkeiten für den Intermodalen Transport, wie sie in Frankreich und Schweden zur Serienreife entwickelt sind, lassen sich ganze Züge in kürzester Zeit be- und entladen. Solche innovativen Systeme tragen dazu bei, die Güterverkehre zügig auf die Schiene zu verlagern.

### **8.06: Der öffentliche Nahverkehr muss neue Wege gehen!**

Durch das aktuelle System mit eigenem kommunalen Nahverkehrsbetrieb für fast jede einzelne Großstadt, 3 Dach-Zweckverbände und 8 Zweckverbänden, entstehen den Kommunen und dem Land NRW enorme Kosten, die an den Kunden weitergegeben werden.

Wir fordern die Anzahl der kommunalen Nahverkehrsbetriebe, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, durch Fusionen umfassend zu verringern und als verkehrspolitische Entwicklung für die Zukunft auf einen zu reduzieren und eine Fusion, mit dann nur noch einem Verwaltungsapparat aller (Dach)-Zweckverbände.

Im Interesse des Kunden muss einem landesweit einheitlichen Tarifsysteem für den ÖPNV, auf Basis des NRW-Tarifs, oberste Priorität eingeräumt werden, weil eine regional begrenzte Preis und Tarifgestaltung überholt ist.

# Euro, EU und Banken

*Für den Erhalt des Bargeldes und gegen die Bankenrettung  
und Staatsfinanzierung auf Kosten der Sparer und  
unseres Wohlstandes*

### **9.01: Die AfD setzt sich für den uneingeschränkten Erhalt des Bargelds ein.**

Bundesregierung, EZB und IWF treiben mit der Abschaffung des Bargeldes eines der folgenschwersten Projekte voran. Diese in Gang gesetzte Abschaffung des Bargelds wird absehbar zur Überwachung der Bürger und der schrittweisen Entwertung ihrer Vermögen führen.

Das Bargeldverbot ist ein Angriff auf die Freiheit und die Eigentumsrechte. Negativzinsen, Vermögensabgaben und Zwangsabbuchungen werden die Folgen sein. Der Kontenzwang ist eine Bedrohung für jeden Bürger, besonders für Sparer und Altersvorsorger. Bargeld ist gedruckte Freiheit und gelebter Datenschutz.

### **9.02: Wir fordern die Herstellung vollständiger Transparenz bei der NRW-Bank.**

Das Geschäftsvolumen der NRW-Bank ist mehr als zweimal so groß wie der Landeshaushalt NRW. Die Bank hat bereits Verluste von mehr als 1 Mrd. € angehäuft. Die aktuellen Zahlen der Bank zeigen, dass die Bank defizitär ist. Die Aufsicht der Bank durch die Politik erfolgt durch ausgewählte Parlamentarier der Alt-Parteien.

Wir bezweifeln, dass die veröffentlichten Zahlen die wahren Risiken für den Landeshaushalt wiedergeben. Landesregierung und Landtag müssen ihrer Verpflichtung nachkommen und die Bank hinreichend kontrollieren. Zusätzlich fordern wir eine externe, politikunabhängige Überprüfung.

### **9.03: AfD fordert deutliche Verschlankung der „NRW-Landesvertretung“ bei der EU in Brüssel.**

Seit 2007 residiert die NRW-Landesvertretung bei der EU in Brüssel in einem übermäßig repräsentativen Haus im Europaviertel. Allein die jährlichen Nebenkosten betragen rund 400.000 EUR.

Das Team der Landesvertretung in Brüssel besteht aus insgesamt 30 Personen, darunter 5 Beamte. Für Bezüge und Nebenleistungen der Beamten fallen jährlich etwa 1,1 Mio. EUR an. Weitere Personalkosten machen etwa 1,5 Mio. EUR aus. Das Budget für Veranstaltungen beträgt etwa 250 Tsd. EUR. Die jährlichen Gesamtkosten sind mit etwa 4,5 Mio. EUR angesetzt. Die AfD fordert, die jährlichen Aufwendungen für die Landesvertretung um mindestens 3 Mio. EUR zu reduzieren.

### **9.04: Die AfD lehnt die durch die EZB betriebene Bankenrettung und Staatsfinanzierung auf Kosten der deutschen Bevölkerung ab.**

Fortgesetztes Gelddrucken fördert nicht den Wohlstand, sondern zerstört den Wohlstand durch Inflation und Sparerenteignung.

Die AfD stößt Diskussionen über ein besseres Geldsystem an und entwickelt Konzepte. Wir wenden uns gegen das jetzige Rezept der EZB, als Allheilmittel für alle Krisen Geld zu drucken.



# Verbraucherschutz und Umwelt

*Für einen umfassenden Umwelt- und Tierschutz, ein ideologiefreies  
Tagdrecht sowie regionale und sichere Lebensmittel*

### **10.01: Die AfD gestaltet den Umweltschutz für Deutschland.**

Die AfD erkennt die besondere Verantwortung gegenüber unseren heimischen Lebewesen und zum Erhalt und Schutz der Umwelt.

Die heimischen Lebewesen mit ihren natürlichen Lebensräumen sind in Jahrtausenden entstanden. Der Mensch beeinflusst diesen Lebensraum durch sein Handeln nachhaltig. Unsere Verpflichtung besteht nicht nur darin, das Wohl des Menschen im Blick zu haben, sondern auch allen heimischen Lebewesen und Lebensräumen nachhaltig das Überleben zu sichern. Entsprechend der Flächennutzung sollen Zielkonzepte erstellt und die dazu notwendigen Maßnahmen ermittelt werden. Diese sind dann Grundlage für zukünftige Planungen.

### **10.02: Blühende Landschaften statt trister Monokultur: Die AfD steht ein für die bäuerliche Landwirtschaft.**

Die AfD erkennt die bäuerliche Landwirtschaft als eine wichtige Säule des ländlichen Raumes und der Versorgung der Bevölkerung mit frischen, ortsnahen

und hochwertigen Lebensmitteln an. Wir setzen auf eine Stärkung regionaler Strukturen mit bäuerlichen Familienbetrieben, regionalen Milch- und Schlachthöfen sowie mittelständischen Händlern. Dazu bedarf es der Freiheit, seinen Betrieb ohne überbordende Bürokratie und Auflagen führen zu können. Vielfalt entsteht durch Kreativität und Unternehmertum. Wir möchten Anreize umlenken von einer „Wachse-oder-weiche-Kultur“ hin zu Regionalität und einer attraktiven deutschen Bio-Landwirtschaft ohne zusätzliche Subventionen. Wir sagen nein zur weiteren Konzentration und Industrialisierung.

### **10.03: Grüne Gentechnik: Die AfD steht für Transparenz und Sicherheit bei der Lebensmittelqualität und gegen Zulassung auf Landesebene.**

Die Entscheidung einer Anbauerlaubnis gentechnisch veränderter Organismen muss auf Bundesebene bleiben. Eine Verlagerung auf Landesebene würde auch artverwandte Pflanzen benachbarter Felder kontaminieren, da ein Pollenflug nicht vor Landesgrenzen halt macht. Die AfD setzt auf die Wettbewerbsvorteile einer gentechnikfreien, deutschen Landwirtschaft nach dem Vorbild Öster-

reichs. Unser hoher Anspruch an sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittel ist unvereinbar mit einer Anbauzulassung für gentechnisch veränderte Organismen, die nachgewiesen eine unmittelbare Auswirkung auf unsere Gesundheit haben. Solange nicht durch mehrjährige Fütterungsstudien und Versuche eine Unbedenklichkeit gentechnisch veränderter Futterpflanzen und Lebensmittel zweifelsfrei und mehrfach nachgewiesen ist, geht der Schutz des Verbrauchers vor.

#### **10.04: Die AfD steht für eine mitfühlende und würdevolle Behandlung der Tiere und eine Stärkung des Tierschutzes**

Die Größe und den Fortschritt einer humanen Gesellschaft und ihrer Kultur erkennt man an ihrem Bewusstsein für ihre schwächsten Mitgeschöpfe. Es gilt, die immer noch praktizierten Missstände im Umgang mit Tieren und deren Haltung aufzuzeigen und auszuräumen.

Wir fordern ein striktes Verbot unnötiger Versuche am lebenden Tier und befürworten das Erforschen alternativer Methoden. In der Landwirtschaft soll die Massentierhaltung eingeschränkt und der Trans-

port der Nutz- und Schlachttiere nur noch über kurze Distanzen innerhalb Deutschlands forciert werden (nächstgelegener Schlachtbetrieb). Wildtiere in Zirkussen lehnen wir ab, da eine artgerechte Haltung nicht möglich ist. Tierquälerei, wie das betäubungslose Schlachten (Schächten), darf nicht aufgrund Religionsfreiheit toleriert werden. Wir fordern daher die Streichung des § 4 a Abs. 2 Nr. 2 TierSchG, der das betäubungslose Schlachten als Ausnahmeregelung legalisiert. Das millionenfache Schreddern männlicher Küken lehnen wir aus moralisch-ethischen Gründen ab.

#### **10.05: Wir wollen die Jagd erhalten und die Rechte der Jäger stärken - für ein ideologiefreies Jagdrecht.**

Das Bild des Jägers ist in Teilen der Öffentlichkeit zu Unrecht auf den „Trophäenjäger“ reduziert. Wir stehen für eine differenzierte Sichtweise auf die Pflichten des Jägers sowie eine Gesetzgebung, die sich an die modernen Verhältnisse anpasst.

Wir fordern eine erneute Novellierung sowie eine angemessene, umfassende und rechtliche Neubewertung des momentan gültigen „ökologischen“ Jagdgesetzes. Die zahlreichen zusätzlichen Aufga-

ben, zu denen die Jägerschaft verpflichtet ist, müssen dabei angemessen berücksichtigt werden. Das Jagdrecht muss sich der Nachhaltigkeit, d.h. dem Einklang von Tier und Natur, widmen und darf nicht aus ideologischen Gründen eingeschränkt werden.

### **10.06: Wir stehen für die Verringerung der Nitratbelastung und für sauberes Trinkwasser in NRW.**

In vielen Regionen NRWs liegt die Nitratkonzentration 300 % über dem Grenzwert. Dies ist gesundheitsschädlich und mit einer teuren Aufbereitung verbunden. In Europa hat nur Malta höhere Nitratwerte als Deutschland.

Wir unterstützen die freiwillige Kooperation zwischen Wasserversorgern und Landwirten, die bereits zu messbaren Verbesserungen der Grundwasserqualität und einem Umdenken der Landwirte geführt hat. Die Gründe der hohen Nitratbelastung sind zu analysieren und unter Einbindung aller Akteure ist nach allgemeinverträglichen und nachhaltigen Lösungen zu suchen. Wir fordern eine Länderöffnungsklausel und eine Beendigung des Gülle-Tourismus. Einseitige Einschränkungen, unnö-

tige Bürokratie und EU-Reglementierungen, die eine effektive Bewirtschaftung der Felder erschweren, lehnen wir ab.

# Gesundheit

*Unser Ziel ist die dauerhafte Sicherstellung einer wohnortnahen, vertrauensvollen und sicheren medizinische Versorgung*

### **11.01: Die AfD gestaltet die Gesundheitspolitik für Deutschland.**

Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen. Sie zu schützen muss das oberste Gebot einer guten Gesundheitspolitik sein. Wir beginnen dabei schon lange vor einer Erkrankung mit starker Prävention. Die AfD will eine Anreizstruktur, in der selbstbestimmte Menschen in ihrer Lebenssituation wahrgenommen werden und ihnen wohnortnah eine sichere medizinische Versorgung zur Seite steht. Wir wollen ein System, das den Tätigen im Gesundheitswesen wieder Anerkennung entgegenbringt. Den Herausforderungen der demografischen Entwicklung und dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel muss durch innovative Modelle begegnet werden – zum Wohle des Patienten. Es gilt, die Vernetzung zwischen Arzt, Pflege und fachärztlicher Begleitung chronisch Kranker zu fördern sowie die Gesundheitsberufe neu zu organisieren und weiterzuentwickeln. Der steigende Anteil von Frauen im Arztberuf ist im Besonderen mit neuen Arbeits- und Organisationsmodellen zu berücksichtigen. Gesundheit ist auch eine Frage des Vertrauens.

### **11.02: Die AfD fordert die Sicherung der ländlichen Versorgung durch gezielte Ausbildung von Allgemeinmedizinern.**

Überalterung und Abwanderung gefährden die medizinische Versorgung auf dem Land. Ohne ausreichende Bedarfsdeckung an Hausärzten ist auch eine wohnortnahe Versorgung, besonders der chronisch Kranken, nicht zu schaffen.

Die Ausbildung zum Allgemeinmediziner muss gefördert werden. Die AfD fordert die Einrichtung eines Instituts für Allgemeinmedizin an jeder medizinischen Fakultät in NRW. Es müssen Vergütungsanreize für Weiterbildungsstellen sowie zum Ausgleich des Strukturgefälles zu städtischen Regionen gewährt werden.

### **11.03: Die AfD will eine bessere Infektionsprophylaxe im Zeitalter globaler Kontakte und zunehmender Antibiotikaresistenz erreichen.**

Der größte Antibiotikaverbraucher ist heute die Tierzucht: 1.700 t in der Viehzucht im Vergleich zu 10

t auf allen Intensivstationen in Deutschland. Antibiotikaresistente Keime befinden sich daher nicht nur auf Menschen, sondern auch auf Tieren, der Nahrung und im Grundwasser.

Wir fordern eine stärkere Kontrolle und die Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Tierzucht. Wasser und Nahrung sollen besser auf Keime und Antibiotikarückstände überprüft werden. Wir streiten für eine Liste von Reserve-Antibiotika, die nur dem Menschen vorbehalten sind.

#### **11.04: Die AfD steht für den Ausbau ambulanter palliativmedizinischer Angebote.**

In Deutschland sterben jährlich ca. 900.000 Menschen, davon derzeit 75 % in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen. 80 % der Menschen wünschen sich aber, zuhause sterben zu dürfen. Die Palliativmedizin leistet eine Linderung der Beschwerden, wenn keine Aussicht auf Heilung mehr besteht. Sie ermöglicht es, im häuslichen Umfeld zu verbleiben. Heute werden allerdings nur 12 % der Sterbenden palliativmedizinisch versorgt. Ein Ausbau von ambulanten Palliativangeboten wird von uns befürwortet. Die Aufklärung über bestehende Angebote muss ausgebaut werden.

#### **11.05: Die AfD will die Freiberuflichkeit der Ärzte als Fundament des Gesundheitswesens erhalten und stärken.**

Strukturelle Fehler im Gesundheitswesen und die Überalterung der Gesellschaft haben zu einem Nachwuchsmangel selbständiger Ärzte und zu Engpässen in der wohnortnahen Versorgung geführt. Der angestellte Arzt wird derzeit zunehmend zum Erfüllungsgehilfen einer Gesundheitswirtschaft gemacht, die den Patienten als Renditeobjekt sieht. Die AfD fordert den Erhalt der Freiberuflichkeit und der Selbstverwaltung der Ärzte sowie die freie Arztwahl der Patienten. Unpersönliche Großstrukturen führen zu Vertrauensverlust und widersprechen dem bewährten Konzept der wohnortnahen Versorgung.

#### **11.06: Die AfD will den Hebammenberuf und Geburtstationen erhalten.**

Erhöhte Haftpflichtrisiken haben zu existenzbedrohenden Berufshaftpflichtprämien für Hebammen geführt. Wir setzen uns für eine bezahlbare Haftpflichtversicherung für Hebammen und Geburtstationen ein, da ansonsten der Fortbestand dieses

erhaltenswerten und förderungswürdigen Berufes bedroht ist.

### **11.07: Die AfD will die Rechte von Versicherten stärken.**

Im gesetzlichen und privaten Versicherungswesen werden teilweise insbesondere bei existenziell relevanten (teuren) Fällen von Erkrankung oder Unfall berechnete Leistungsansprüche abgewiesen, wovon potenziell jeder Bürger betroffen sein kann. Dabei wird Leistungsverantwortung nicht selten auf das steuerfinanzierte Sozialsystem abgewälzt. Die AfD fordert eine Stärkung der Versichertenrechte gegenüber Kostenträgern, eine anspruchsgerechtere Regulierungspraxis und einen Kräfteausgleich zwischen Anspruchstellern und Versicherern.

### **11.08: Krankenversicherungskarte und E-Health-Gesetz**

Die AfD befürwortet den elektronischen Austausch von Patientendaten (Stammdatenabgleich, Medikamentenplan, Notfalldatensatz, Patientenverfügung), wo er sinnvoll und sicher ist und dem zugestimmt wurde. Eine zentrale Speicherung wird abgelehnt.



# Energie

*Für die Abschaffung des EEG zur Sicherstellung einer ideologiefreien und zuverlässigen Energieversorgung*

### **12.01: Die AfD fordert die ersatzlose Abschaffung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG).**

Das planwirtschaftliche Erneuerbare Energien Gesetz – kurz EEG – mit Einspeisevorrang und hohen Subventionen für die sog. erneuerbaren Energien hat die Stromversorgung teurer und unsicherer gemacht. Der deutsche Alleingang bei der Energiewende vernichtet Arbeitsplätze in NRW. Die direkten Kosten der EEG-Subventionierung von mittlerweile 27 Milliarden Euro jährlich werden als EEG-Umlage mit der Rechnung auf die Verbraucher abgewälzt. Darüber hinaus entstehen hohe indirekte Kosten durch den für die Einbindung der EEG-Anlagen erforderlichen Netzausbau. Staatliche Umlagen und Steuern machen inzwischen mehr als die Hälfte des Strompreises der Endverbraucher aus, wodurch sich der Strompreis in den letzten zehn Jahren bereits verdoppelt hat, mit weiter steigender Tendenz.

### **12.02: Wir fordern ein Ende des Zwangs zum Einsatz regenerativer Energien und unwirtschaftlicher Dämm-Vorgaben.**

Die Energie-Einspar-Verordnung (EnEV) und das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) verpflichten Gebäudebesitzer zu teuren technischen und baulichen Maßnahmen für die Wärmedämmung und für die Nutzung von „Erneuerbaren“ Energien zum Heizen und Kühlen mit fragwürdigem Nutzen und teils schädlichen Folgen. Deutschland soll die EnEV und das EEWärmeG ersatzlos aufheben, die staatliche Bevormundung beenden und Eigentümern und Mietern die Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Eigenverantwortung selbst überlassen.

Die EnEV führt zu hohen finanziellen Belastungen von Bürgern und Unternehmen, welche durch die beabsichtigte Energieeinsparung nicht annähernd kompensiert werden. Die EnEV als das Investitionshemmnis in der Wohnungswirtschaft ist abzuschaffen.

### **12.03: Die AfD fordert Wettbewerb in der Energieerzeugung statt „Öko-Planwirtschaft“.**

Das EEG als planwirtschaftliches Steuerungsinstrument subventioniert diejenigen Erzeugungstechnologien am stärksten, welche die höchsten Kosten

verursachen. Eine rationale Energiepolitik darf einzelne Technologien nicht ideologisch bevorzugen. Eine zuverlässige, moderne und preiswerte Energieversorgung und Energieinfrastruktur ist für ein Industrieland wie Deutschland von zentraler Bedeutung. Die gegenwärtige Energiepolitik der Bundesregierung gefährdet den Industriestandort Deutschland in dreifacher Hinsicht: Durch die im internationalen Vergleich stark überhöhten Preise, durch eine ständig sinkende Versorgungssicherheit sowie durch die fehlende Planungs- und Investitionssicherheit für die Energiewirtschaft.

### **12.04: Die AfD fordert die 10H-Regelung für Windkraftanlagen.**

Infraschall und Stroboskop-Effekt von Windkraftanlagen verursachen Gesundheitsschäden. Zum Schutz der Bevölkerung soll für Windkraftanlagen daher eine Abstandsgrenze zu jeglicher Wohnbebauung vom 10-fachen der Höhe des Windrades (10-H-Regelung) gelten.

Windkraftanlagen haben von allen zwangssubventionierten Stromerzeugungsarten die gravierendsten Auswirkungen auf die Natur und die Gesundheit

der Bevölkerung. Die in Bayern schon praktizierte 10-H-Abstandsregelung bedeutet deshalb ein zumindest akzeptables Mindestmaß an Schutz.

### **12.05: Braunkohle sichert die Energieversorgung in Deutschland und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.**

Braunkohle ist der einzige, zu wettbewerbsfähigen Kosten verfügbare heimische Energieträger. Für eine Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen kommt ihr eine Schlüsselrolle zu. In NRW hängen an der Braunkohle direkt und indirekt zehntausende Arbeitsplätze.

Braunkohle wird auf absehbare Zeit für die notwendige Grundlastversorgung in Deutschland unentbehrlich sein. Anders als die Stromerzeugung von Windkraft- und Photovoltaikanlagen steht die Leistung der Braunkohlekraftwerke jederzeit abrufbar zur Verfügung, d. h. Braunkohlekraftwerke sind grundlastfähig. Eine realistische und faktenbasierte Energiepolitik hat dies zu berücksichtigen und entsprechend zu handeln.

## **12.06: Wir betrachten neue Energietechnologien ohne ideologische Scheuklappen.**

Neue Technologien können die zukünftige Basis einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung in Deutschland leisten. Die Förderung grundlagennaher Forschung und Entwicklung muss daher technologieneutral und ohne ideologische Scheuklappen erfolgen. Die Freiheit der Forschung ist durch Art. 5 des Grundgesetzes festgeschrieben. Dem gegenüber ist aber festzustellen, dass die Politik die Forschungsthemen ideologisch vorgibt. Deutschland verabschiedet sich zunehmend aus zukunftssträchtigen Energietechnologien, indem eine nahezu ausschließliche Fokussierung auf volatile „regenerative Energien“ stattfindet. Dies muss korrigiert werden, indem den Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen Autonomie bei der Wahl der Forschungsthemen eingeräumt wird.

## **12.07: Die AfD wünscht die Entlastung der Stromkunden über die Streichung der Stromsteuer.**

Das EEG hat zur Stilllegung hoch effizienter Kraftwerke und zu unnötigem Ausbau der Netze geführt.

Zur Begrenzung der kostenträchtigen Nachwirkungen dieser Fehlsteuerung sollen die Stromkunden durch Streichung der Stromsteuer entlastet werden.

## **12.08: Die AfD bekennt sich zum Umweltschutz und fordert ein Ende der „Klimaschutzpolitik“ und der Pläne zur Dekarbonisierung.**

Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf untauglichen Computer-Modellen des IPCC („Weltklimarat“). Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens.

Die stetige Änderung des irdischen Klimas ist historisch belegt. Dass die Veränderungen der Neuzeit und Gegenwart vor allem oder gar ausschließlich dem menschenverursachten CO<sub>2</sub>-Eintrag zuzuschreiben sei, wird nur durch Computermodelle ohne experimentelle Verifizierung gestützt. Die ermittelten Globaltemperaturen der letzten 18 Jahre können die Computersimulationen nicht bestätigen, sondern mahnen, den CO<sub>2</sub>-Einfluß nicht überzubewerten. Darüber hinaus müssten ggf. auch positive Klimafolgen berücksichtigt werden.

### **12.09: Energiepolitik darf nicht von irrationalen Ängsten vor vermeintlichen Gefahren der Technik getrieben sein.**

Der übereilte Beschluss zur ‚Energiewende‘ und zur Aufgabe der Kernenergie-technik muss revidiert und in einem Neustart die Weiterentwicklung zukunftsfähiger Technik intensiviert werden. Daneben soll ideologiefrei über neue Entwicklungen aufgeklärt werden.

Die ‚Energiewende‘ basiert auf parteipolitischen Strategien, die irrationale Ängste und Hoffnungen instrumentalisiert. Für das Grundproblem der Stromspeicherung in großem Maßstab ist keine wirtschaftliche Lösung in Sicht. Die daher noch lange erforderliche elektrische konventionelle Grundlastversorgung kann nicht auf die - bei uns - sichere Kernenergie und die auch in NRW vorhandene Braunkohle verzichten. Beide Brückentechniken ermöglichen erst die Entwicklung zukünftiger Energietechnologien.

### **12.10: Radioaktive Reststoffe aus Kernkraftwerken sollen verwertet statt deponiert werden.**

Die bisherigen politischen Vorgaben für die Entsorgung von Kernbrennstäben sehen ausschließlich die teure Endlagerung in einer Deponie vor, nicht aber die Verwertung. Die energetische Nutzung in neuartigen Reaktoren ist sicherer und kostengünstiger. Abgebrannte Brennstäbe bestehen zum größten Teil aus Uran. Nur etwa 5% des eingesetzten Urans sind verbraucht. Neue Kernkraftwerke der Generation 4 werden in der Lage sein, diese derzeit zur Endlagerung vorgesehenen Brennstäbe als Brennstoff einzusetzen. Neben der besseren Brennstoffnutzung zeichnet diese neuen Reaktoren eine inhärente Sicherheit aus, die auch bei Versagen von Anlagenkomponenten eine Kernschmelze ausschließt. Abgebrannte Brennstäbe sind wertvolle Rohstoffe für Generation 4-Reaktoren, wenn nicht in Deutschland, dann zumindest in anderen, technologisch fortschrittlicheren Industrieländern. Beide Brückentechniken ermöglichen erst die Entwicklung zukünftiger Energietechnologien.

# Wirtschaft

*Für eine Stärkung des Mittelstandes und eine Entlastung der  
Bürger durch eine Reduzierung der Lohnnebenkosten und  
Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer*

### **13.01: Wir fordern die Reduzierung der Lohnnebenkosten zugunsten der Arbeitnehmer.**

Deutschland steht international bei der Belastung von Arbeitseinkommen mit Steuern und Sozialabgaben an der Spitze. Das muss sich zu Gunsten der Arbeitnehmer wieder ändern.

Die AfD fordert eine straffe Kosten- und Ausgabenkontrolle der öffentlichen Haushalte, um die Basis für Steuersenkungen zu schaffen. Die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung ist zu reformieren und von versicherungsfremden Leistungen zu entlasten.

### **13.02: Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer**

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer ist eine hochkomplizierte Steuerregelung, die zahlreiche Ausnahmen hat und damit zu Ungerechtigkeiten führt. Sie belastet zudem insbes. kleine mittelständische Familienbetriebe. Das Steueraufkommen liegt bei weniger als 1% des gesamten Steueraufkommens in Deutschland. Es erfolgt zudem eine nochmalige Besteuerung von bereits versteuerten Einkommen.

Die AfD NRW fordert die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die entfallenen Steuereinnahmen werden weitgehend durch den dadurch reduzierten Verwaltungsaufwand kompensiert. Zudem wird die Doppelbesteuerung von bereits versteuertem Einkommen verhindert.

### **13.03: Die AfD fordert eine mittelstandsorientierte Technologie- und Innovationspolitik.**

Eine mittelstandsorientierte Technologie- und Innovationspolitik in einem berechenbaren, wettbewerbsfördernden Wirtschaftsrahmen ist die wirtschaftspolitische Kernaufgabe.

Für die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft kommt der Innovationskraft mittelständischer Betriebe große Bedeutung zu. In diesen Betrieben arbeiten über 70% aller Beschäftigten und 82% aller Auszubildenden. Der Strukturwandel erfordert die Stärkung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie die Unterstützung wissensintensiver und technologiebasierter Ausgründungen aus Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen.

### **13.04: Wir fordern die diskriminierungsfreie, öffentliche Ausschreibung aller kommunaler Ver- und Entsorgungsverträge.**

Sammlung und Transport privater Abfälle und die Reinigung der öffentlichen Straßen sind ebenso wie der Betrieb von Energieverteilnetzen Leistungen, die sowohl von kommunalen Eigenbetrieben als auch privaten Unternehmen erbracht werden können. Diese Leistungen sollen daher immer öffentlich ausgeschrieben werden.

Vielfach sind die Müllsammlung und die Straßenreinigung durch Satzungsbeschluss ausschließlich kommunalen Eigenbetrieben möglich. Aufgrund des fehlenden Wettbewerbs sind diese „öffentlichen Leistungen“ sehr lukrativ für die jeweilige Gebietskörperschaft. Zwar dürfen rechtlich nur die jeweiligen Kosten dem Bürger abverlangt werden, doch in der Praxis erwirtschaften die Gebietskörperschaften erhebliche Gewinne.

### **13.05: Die soziale Marktwirtschaft ist Garant für wirtschaftlichen Fortschritt und gesellschaftlichen Wohlstand.**

Die Kombination des Prinzips der Freiheit mit dem des sozialen Ausgleichs ist der Kern der erfolgreichen deutschen Wirtschaftsentwicklung. Der Staat setzt den geeigneten Rechtsrahmen und verhindert wettbewerbsgefährdende Machtkonzentrationen. Aus Sicht der AfD gibt es keinen effizienteren Koordinierungsmechanismus als den Markt. Der Staat stellt die notwendige Informationstransparenz sicher und vermeidet Fehlentwicklungen über die rechtliche Rahmensetzung. Der Marktprozess ist für die AfD kein Selbstzweck. Er soll zu einer Wohlfahrtsmehrung der Bürger und der Unternehmen führen.

### **13.06: Wir fordern die Abschaffung von Kammer-Zwangsmitgliedschaften für Klein- und Kleinstunternehmen.**

Unser Grundgesetz § 9 garantiert Gründungen von Vereinigungen ohne jeden Zwang. Jedwede zwangsweisen Mitgliedschaften sind unserer freiheitlichen Grundordnung zuwider. Wer sich selbstständig macht und einen Betrieb gründet muss sein Gewerbe anmelden. Damit wird er zwangsweise auch bei der jeweiligen IHK Mitglied. Die Industrie- und Handelskammern hatten den Zweck, die Interessen von Gewerbe und Wirtschaft in Politik

und Verwaltung zu vertreten. Die zumeist kleinen und mittelständischen Betriebe sind gegen die Zwangsmitgliedschaft. Ein Mehrwert für die Betriebe ist nicht mehr gegeben. IHK sind staatliche Funktionäreinrichtungen mit geringstmöglichem Nutzen geworden.

### **13.07: Wir lehnen staatliche Subventionen für die Erfüllung des „5-Jahres-Planes“ beim Ausbau der Elektromobilität ab.**

Elektroautos setzen sich bisher nicht durch, weil sie zu viele Nachteile haben. Es ist nicht mit den Prinzipien der Marktwirtschaft vereinbar, dass für die „Planerfüllung“ der Massenverbreitung hohe Subventionen zu Lasten des Steuerzahlers gezahlt werden. Soll Elektromobilität marktfähig werden, so ist zunächst die Technik weiter zu entwickeln. Die Bundesregierung hat ein planwirtschaftliches Ziel gesetzt: Eine Million Elektro-Fahrzeuge bis 2020. Da die Käufer für Fahrzeuge mit typischerweise neun Stunden Ladezeit und 150 km Reichweite nicht ein Drittel mehr zahlen wollen als für herkömmliche Pkw, sollen hohe staatliche Subventionen für E-Mobile dieses Planziel retten. Für Deutschland als modernes Industrieland mit freiem Wettbewerb lehnen wir dieses Modell ab.

### **13.08: Mit attraktiven Rahmenbedingungen sollen die Möglichkeiten für Home-Office-Arbeitsplätze verbessert werden.**

NRW soll für Arbeitnehmer attraktiver werden, indem flexible und familienfreundliche Arbeitsplätze mit der Möglichkeit, auch von Zuhause aus arbeiten zu können, gefördert werden.

Ebenso soll der weitere Ausbau einer leistungsfähigen Breitband-Infrastruktur forciert werden. Durch Home-Office-Arbeitsplätze wird der Berufspendlerverkehr reduziert und Arbeit und Familienleben werden besser miteinander vereinbar. Die hierfür eingesetzten innovativen Kommunikationstechnologien benötigen eine leistungsfähige Breitband-Infrastruktur, deren Ausbau beschleunigt und flächendeckend realisiert werden soll.

### **13.09: Die AfD setzt sich insbesondere für die Befreiung kleiner und mittelständischer Unternehmen von bürokratischen Vorgaben ein.**

Der Mittelstand ist das wirtschaftliche Rückgrat der Wirtschaft in NRW. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sollen daher alle sinnvollen Möglichkeiten zur Straffung und Vereinfachung von Genehmigungs- und Überwachungsverfahren genutzt werden.

### **13.10: Die AfD setzt sich für eine ideologiefreie und faktenbasierte Diskussion neuer Technologien ein.**

Deutschland droht auf vielen Technologiegebieten den Anschluss an die Weltspitze zu verlieren. Dies kostet auf Dauer Arbeitsplätze und gefährdet den Wohlstand.

Die Entscheidung über neue Technologien ist daher in erster Linie auf wissenschaftlicher Basis zu treffen. Die Bevölkerung ist über Chancen und Risiken neuer Technologien ideologiefrei zu informieren.



# Inneres und Justiz

*Konsequente Kriminalitätsbekämpfung und Verhinderung von  
No-Go-Areas durch personelle Aufstockung der Polizei*

### **14.01: Die AfD steht für eine konsequente Kriminalitätsbekämpfung.**

Während die Deliktzahlen bei Einbruch, Raub, Körperverletzung und Sexualdelikten in NRW steigen, sinken die Aufklärungsquoten. Straftaten werden dadurch für Täter immer risikoloser und lukrativer. Durch offene Grenzen können ausländische Kriminelle ungehindert eindringen, Straftaten begehen und sich unerkannt zurückziehen. Dem begegnet die Landesregierung mit einer Personalstärke und einer Organisation der Polizei, die dieser gestiegenen Bedrohung nicht gerecht wird.

Die AfD fordert eine signifikante personelle und ausrüstungstechnische Stärkung der Polizei, um die Aufklärungsquote zu steigern und dadurch die Abschreckung zu erhöhen.

### **14.02: Wir fordern mehr Polizeibeamte auf der Straße.**

Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist gesunken und die Straßenkriminalität ist objektiv gestiegen. „No-Go-Areas“ und Angsträume sind vielerorts Realität geworden.

Der Gefährdung durch Straftäter ist durch mehr Polizeikräfte auf der Straße zu begegnen. Diese sind durch Einstellungen – auch in den Mittleren Dienst – zu rekrutieren. Polizeibeamte sind von Verwaltungsarbeiten zu entlasten. Personaleinsatzplanungen sollen die Bürgernähe in den Mittelpunkt stellen.

### **14.03: In Nordrhein-Westfalen wird eine Wachpolizei aufgestellt.**

Die Angehörigen dieser Polizeieinheit sollen die Kräfte des Polizeivollzugsdienstes entlasten. Sie werden beim Objektschutz und zu Unterstützungsaufgaben eingesetzt.

Unser Bundesland wird mit steigenden Kriminalitätsquoten konfrontiert, eine Trendwende ist derzeit nicht in Sicht. Die chronisch unterbesetzten Polizeikräfte arbeiten bereits am Limit. Eine Wachpolizei kann personelle Ressourcen des Polizeivollzugsdienstes für Strafverfolgung und Gefahrenabwehr freisetzen. Durch ihre sichtbare Präsenz trägt eine Wachpolizei zur Verhinderung von Straftaten und zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung bei.

#### **14.04: Die AfD fordert die Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung der Internetkriminalität.**

Die Internetkriminalität entwickelt sich dynamisch und führt zu erheblichen Schädigungen der Betroffenen. Für die Täter besteht nur ein geringes Risiko der Ermittlung und Verurteilung.

Dem soll durch die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften begegnet werden.

#### **14.05: Die AfD fordert den verstärkten Einsatz von Schnellverfahren bei Straftaten mit klarer Beweislage.**

Oftmals folgen strafrechtliche Verurteilungen den Taten erst mit großem zeitlichem Abstand, wodurch Strafen häufig milder ausfallen. Dadurch wird die erzieherische Wirkung eingeschränkt, außerdem wird der Nachweis erschwert. Zur Stärkung der Abschreckung und zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung sollen die bereits heute in der Strafprozessordnung vorgesehenen

Möglichkeiten von Schnellverfahren stärker genutzt werden. Hierzu ist die Justiz mit weiteren Staatsanwälten und Richtern zu verstärken.

#### **14.06: Einreise von IS Rückkehrern verhindern und ungesetzliche Zuwanderung eindämmen.**

Radikal-islamische Bestrebungen haben bereits in NRW Spuren hinterlassen. Auf die aktuelle Gefahr, z.B. durch den Islamischen Staat, muss auch im NRW-Interesse wirksam reagiert werden. Rückkehrenden IS-Kämpfern und Extremisten soll die Einreise nach Deutschland und der Aufenthalt in NRW verwehrt werden.

#### **14.07: Die AfD fordert eine Abkehr von der derzeitigen „Kuscheljustiz“ und eine härtere Bestrafung von Kriminellen.**

Das Strafrecht hat in vielen Fällen durch überlange Verfahren und milde Urteile - selbst für Wiederholungstäter - kaum noch abschreckende Wirkung. Die Kosten für Kriminalität sind für die Täter kalkulierbar geworden. Die Sicherheit der Bürger wird

daher nur noch einschränkt gewährleistet. Die AfD fordert daher eine härtere Bestrafung von Kriminellen durch eine stärkere Beschränkung von Bewährungsstrafen und die konsequente Ausschöpfung des Strafrahmens, insbesondere bei Wiederholungstätern.

#### **14.08: Wir fordern die Eilzuständigkeit für den Zoll.**

Bei der Feststellung zollfremder Straftaten dürfen Zollbeamte in NRW nicht eingreifen, da sie rechtlich nicht zuständig sind und eine Ausdehnung der Zollkontrolle bis zum Eintreffen der Polizei unzulässig ist. Verfolgung von Straftaten auf frischer Tat sowie die Verfolgung und Wiederergreifung geflohener Straftäter ist Zollbeamten nicht erlaubt.

Wir fordern auch für NRW die Eilzuständigkeit für Zollvollzugskräfte, wie sie bereits in Polizeigesetzen des Bundes und mehrerer Bundesländer verankert ist. Mit der Eilzuständigkeit wächst das Sicherheitspotenzial, ohne dass dem Land Kosten entstehen.

#### **14.09: Polizisten sollen besser geschützt werden.**

Polizeibeamte werden immer häufiger Ziel brutaler Angriffe. 2014 stieg die Zahl auf 5764 Angriffe. Um den Eigenschutz der Polizeibeamten zu verbessern, fordern wir, leistungsfähige Elektroschocker, wirksame Schutzwesten und Bodycams als zusätzliche Ausrüstung einzuführen.

Der Elektroschocker als Distanzwaffe kann den Schusswaffengebrauch situationsabhängig ersetzen. Die verwendeten Schutzwesten entsprechen nicht dem derzeitigen Stand der Technik. Bodycams können durch ihre sichtbaren Tragweise Gewalttäter abschrecken und hierdurch den Polizeibeamten schützen. Sie können Einsatzgeschehen dokumentieren und Beweise sichern, die ansonsten nicht verfügbar wären.

#### **14.10: Wir fordern eine angemessene Bezahlung von Landesbediensteten.**

Bei der Beamtenbesoldung gibt es in den einzelnen Bundesländern erhebliche Unterschiede. Die Bezüge der NRW-Landesbediensteten liegen im mittleren Bereich. Die rot-grüne Landesregierung hatte in der Vergangenheit zur Konsolidierung ihres Haushalts willkürliche Anpassungen der Beamtenbezüge

vorgenommen. Dies wurde vom Landesverfassungsgericht beanstandet. Die Leistungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes müssen angemessen entlohnt werden. Wir lehnen Kürzungen der Beamtensbesoldung und Sonderopfer zur Haushaltssanierung ab. Besoldung nach Kassenlage ist unsozial. Tarifliche Leistungen sind daher unverzüglich inhaltsgleich auch den Beamten zu gewähren.

### **14.11: Wir fordern eine Straffung der Verwaltungen des Landes.**

Die Organisation des Landes NRW ist durch eine überbordende und ineffiziente Struktur gekennzeichnet. Neben den 13 Landesministerien gibt es 16 Tochtergesellschaften des Landes und zehn landeseigene Betriebe. Im operativen Bereich mangelt es an Personal, während die Spitzen der Verwaltung überbesetzt sind.

Wir fordern die Teilprivatisierung von Gesellschaften und Betrieben, um ein wirtschaftliches Arbeiten zu ermöglichen. Behörden sind auf ihre Notwendigkeit hin zu prüfen und gegebenenfalls aufzulösen.



# Kommunales

*Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und des  
Mitbestimmungsrechts der Bürger*

### **15.01: Die AfD fordert echte Subsidiarität durch Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.**

Immer häufiger ziehen höhere Ebenen Entscheidungen an sich, die auch vor Ort getroffen werden können. Dies führt zu aufgeblähten Verwaltungsapparaten und langwierigen Verfahren. Den Kommunen werden immer mehr Aufgaben aufgebürdet, ohne sie dafür mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten. Das treibt viele Kommunen in die Zahlungs- und Handlungsunfähigkeit.

Die AfD fordert, dass Kosten für übertragene Aufgaben in voller Höhe vom Land bzw. Bund zu übernehmen sind. Kommunen, die durch diese Überforderungspraxis in Not gekommen sind, müssen durch entsprechende Zuweisungen konsolidiert werden. Künftig sollen Entscheidungen nach dem Subsidiaritätsprinzip wieder vor Ort getroffen werden.

### **15.02: Die AfD stärkt die Demokratie durch mehr kommunale Bürgerbeteiligung.**

Die Kommunalverfassung gibt den Bürgern das Recht, in einer Vielzahl kommunaler Angelegen-

heiten diese Entscheidung selbst in die Hand zu nehmen, z.B. den Bau eines Kindergartens oder den Umbau eines Hallenbades. Allerdings sind die bürokratischen Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in NRW sehr hoch. Deswegen sind in der Vergangenheit viele Bürgerbegehren gescheitert oder zurückgenommen worden.

Die entsprechenden Regeln der Kommunalverfassung sind zu vereinfachen und für den Bürger verständlich zu formulieren. Die Verwaltungen sollte nicht nur per Gesetz sondern auch in der Praxis verpflichtet werden, die Einleitung von Bürgerbegehren zu unterstützen. Eine zwingende Bürgerbeteiligung bei größeren städtischen Projekten ist einzuführen. Jede Kommune hat ein Konzept zur Stärkung der Demokratie durch Bürgerbeteiligungen zu entwickeln.

### **15.03: Die AfD fordert die Streichung des Landesentwicklungsplans**

Der Landesentwicklungsplan ist die zentrale politische Festlegungen zur Raumordnung mit den Entwicklungsachsen der Siedlungsräume und den natürlichen Lebensgrundlagen wie Freiraum, Natur, Landschaft, Wald und Wasser. Ferner der Flächen-

vorsorge für Wohnbauland, für die Wirtschaft, für Großvorhaben, für Bodenschätze sowie für Freizeit und Erholung, sowie die Infrastruktur für Verkehr, Energieversorgung, Entsorgung und Gestaltung auf Landesebene.

Der LEP wird aber dazu missbraucht, ideologische Ziele wie z. B. die Förderung der Windkraft unter Umgehung des Subsidiaritätsprinzips auf Kosten der Kommunen und Kreise durchzusetzen.

Die AfD spricht sich dafür aus, den heutigen LEP zu streichen und stattdessen einen alternativen Entwicklungsplan für die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe unter aktiver Einbeziehung der Kreise und kreisfreien Städte anzustreben.

### **15.04: Die Wasserversorgung der Kommunen in NRW darf nicht privatisiert werden.**

Eine Hauptaufgabe jeder Kommune ist die Sicherstellung der kommunalen Grundversorgung (Daseinsvorsorge). Dies gilt insbesondere für Trinkwasserversorgung. Aktuell besteht die Gefahr, dass Leistungen der Grundversorgung ausgeschrieben und dann privatisiert werden müssen.

Die AfD fordert, dass die Versorgung mit dem Grundnahrungsmittel Trinkwasser nicht privatisiert werden darf.

### **15.05: Die AfD fordert die uneingeschränkte Wiedereinführung des Widerspruchsrechts bei Bescheiden.**

In NRW war es bis 2007 gute Tradition, dass die Verwaltung ihr Handeln nach einem Widerspruch durch den Bürger noch einmal überprüfen konnte, ehe der Betroffene ein Gerichtsverfahren anstrengen musste. Seit 2007 wurde diese Möglichkeit weitgehend ausgeschlossen. Zwar bewährte sich die Neuregelung nicht, 2015 wurde dennoch lediglich eine teilweise Wiedereinführung des Vorverfahrens beschlossen.

Zur Gewährung effektiven Rechtsschutzes ist es erforderlich, bei allen Arten von Bescheiden das Widerspruchsverfahren wieder einzuführen. Der Bürger muss geschützt und darf nicht ohne Not in ein Klageverfahren gedrängt werden. Durch die Selbstüberprüfung der Behörden werden Fehlentscheidungen ohne Gerichtsverfahren und die damit verbundenen Kosten aufgehoben.

## 15.06: Öffentliche Gebäude beflaggen

Da öffentliche Gebäude und Einrichtungen häufig nicht als solche zu erkennen sind, sollten diese durchgehend mit der Fahne des Landes NRW, des Bundes sowie der Kommune kenntlich gemacht werden.

Dadurch wird sichergestellt, dass sich auch nicht ortsansässige sowie ältere und behinderte Menschen orientieren können.

**Alternative für Deutschland**  
**Landesverband Nordrhein-Westfalen**

Münsterstraße 306 · 40470 Düsseldorf

Tel. +49 (211) 54 55 89 5 – 0

Fax +49 (211) 54 55 89 5 – 9

geschaeftsstelle@afd.nrw

**www.afd.nrw**



1. Auflage · 2017



**Alternative**  
für  
**Deutschland**

